



- 2 **Editorial**
- 4 **Inhalt**
- 5 **Libyen: Massaker und Revolution**
- 6 **Aus dem WiLa Dortmund**
- 6 **Wahnachlese Hamburg**
- 7 **Zensus 2011 ist missbrauchsanfällig und verstösst gegen Informationelle Selbstbestimmung**
- 10 **Erziehung**
- 11 **Multikulturalismus, Diversität und Gleichheit**
- 13 **Besetzung der New Cross Bibliothek**
- 14 **Anarchismus in Skandinavien**
- 18 **Kurzer Abriss der demokratischen Geschichte Skandinaviens**
- 20 **Saint Imier und seine Bedeutung in der Geschichte des Anarchismus**
- 24 **Faschismus Teil 2**
- 34 **Termine**
- 38 **Wer Wir Sind & Was Wir Wollen**

Gǎidào

改道

einen anderen weg gehen



**No 3
2011**

Editorial

Wir freuen uns euch nun schon im dritten Monat hintereinander wieder eine [改道] Gäidào präsentieren zu können. Was euch sicherlich zuerst auffällt, ist das neue Layout. Wie es sich für ein anarchistisches Projekt gehört, beteiligen sich von Nummer zu Nummer mehr Menschen an der Produktion dieses Magazins. Und ganz im Gegensatz zur alten Volksweisheit: „Viele Köche verderben den Brei“, beweisen wir, das unser „Brei“ von mal zu mal besser wird, je mehr „Köche“ sich daran beteiligen.

In dieser Ausgabe findet ihr die Fortsetzung der Artikelserie „Was ist Faschismus“. Weil dieser Teil allerdings länger geworden ist als Ursprünglich geplant, haben wir ihn in Teil 2.1 und Teil 2.2 unterteilt. Letzterer wird dann in der April-Ausgabe der [改道] Gäidào zu finden sein.

Aus aktuellem Anlaß findet ihr auch einen Solidaritätsaufruf. Wir können leider nicht versprechen in einer der nächsten Ausgaben einen ausführlichen Hintergrundartikel zu den verschiedenen Bewegungen Nordafrikas und der arabischen Halbinsel zu veröffentlichen. Leider gibt es in vielen dieser Länder nur eine sehr schwache anarchistische Bewegung, und die AnarchistInnen die es gibt, haben gerade anderes zu tun als uns hochwertige Analysen zu schreiben. An dieser Stelle der Hinweis auf die Homepage der anarchistischen Föderation (www.fda-ifa.org), dort findet ihr zu den aktuellen Ereignissen in Nordafrika und der arabischen Halbinsel, den einen oder anderen Sachdienlichen Hinweis...

Außerdem stellen wir euch kurz die anarchistische Bewegung „Skandinaviens“ vor. Ebenfalls aus aktuellem Anlaß ein Artikel zum Zensus 2011.

Historisch gehen wir u.a auf „Saint Imier und seine Bedeutung in der Geschichte des Anarchismus“ ein. Nicht zu vergessen ein paar Übersetzungen aus anderen anarchistischen Medien, Kurzmeldungen, Termine und einem weiteren Artikel der unabhängigen Jugendredaktion! Diesmal zum Thema „Erziehung“.

Wir hoffen euch auch mit dieser Nummer wieder ein Magazin zu präsentieren, das zu kennen nicht zu den „10. unwichtigsten Dingen“ eures Lebens gehört. ■

Euro Redaktion

Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: <http://www.fda-ifa.org>

IFA: <http://www.iaf-ifa.org>

Anarchistische Föderation Berlin: <http://afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim: <http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

Karakök Autonome (TR/CH): <http://www.karakok.org>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg: <http://lbquadrat.de.vu>

Antinationale Offensive Saarbrücken: <http://www.antinationale.org>

Libertäre Aktion Winterthur: <http://www.law.ch.vu>

Libertäre Initiative Schleswig Holstein: sortesindet@marsmail.de



Inhalt

- 2 Editorial**
- 4 Inhalt**
- 5 Libyen: Massaker und Revolution**
- 6 Aus dem WiLa Dortmund**
- 6 Wahnachlese Hamburg**
- 7 Zensus 2011 ist missbrauchsanfällig und verstösst gegen Informationelle Selbstbestimmung**
- 10 Erziehung**
- 11 Multikulturalismus, Diversität und Gleichheit**
- 13 Besetzung der New Cross Bibliothek**
- 14 Anarchismus in Skandinavien**
- 18 Kurzer Abriss der demokratischen Geschichte Skandinaviens**
- 20 Saint Imier und seine Bedeutung in der Geschichte des Anarchismus**
- 24 Faschismus Teil 2**
- 34 Termine**
- 38 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen**

[4]

Düsseldorf: Wem gehört die Stadt?

18.-20.03.2011

wemgehörtstadt.de

Wie es dazu kommt, dass das Thema "Recht auf Stadt" eine solche Relevanz bekommt, lässt sich aus der Retrospektive erklären. Schon lange gibt es hier unterschiedliche Kampagnen, die sich mit der Partizipation am öffentlichen Leben beschäftigen, wie die Zeitung FiftyFifty oder die Kampagne für ein Sozialticket. Ebenso gibt es unterschiedliche "Freiräume", wie diverse Kunstvereine, das Glashaus oder das Linke Zentrum – Hinterhof. Abwehrkämpfe gegen Privatisierung wie z.B. gegen den Verkauf des Golzheimer Friedhofs oder das Großbauprojekt "Bilker Arcaden" haben in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen, und soziale Kämpfe werden in einer zunehmend ungerechten und unsozialen Stadt notweniger und gleichzeitig prekärer. ■

[5]

Politik & Feierei: Regionale Nazistrukturen / BlackBloc Party

Wann: 25.03.2011 19:00 Uhr | Wo: Unikneipe Fatal – Landau | Kategorie: Veranstaltung

Infoveranstaltung über Nazistrukturen der Region. Danach Black Bloc Party, präsentiert von der antifa ld und RASH Landau. Wie immer im fatal, Landau → myspace.com/unikneipe

Unikneipe Fatal

Im Fort 7

76829 Landau (D)

Rheinland-Pfalz ■

[6]

Freitag, 25. März 2011, 20 Uhr, TV-Heim Stetten – Lesung mit Lucio Urtubia

Freitag, 25. März 2011. Lesung mit Lucio Urtubia aus seinen Lebenserinnerungen "Baustelle Revolution". Weitere Information (genauer Ort) folgen auf der Webseite der Allmende Stetten. Siehe hier:

www.allmende-stetten.de

[7]

Kunst in der Peace Gallery des Anti-Kriegs-Museums. **Ausstellungen in der Peace Gallery:**

11. Februar 2011 bis 30. April 2011

Vertreibung, Verfolgung, Vernichtung

Fotoausstellung zum Völkermord an den Armeniern 1915/16

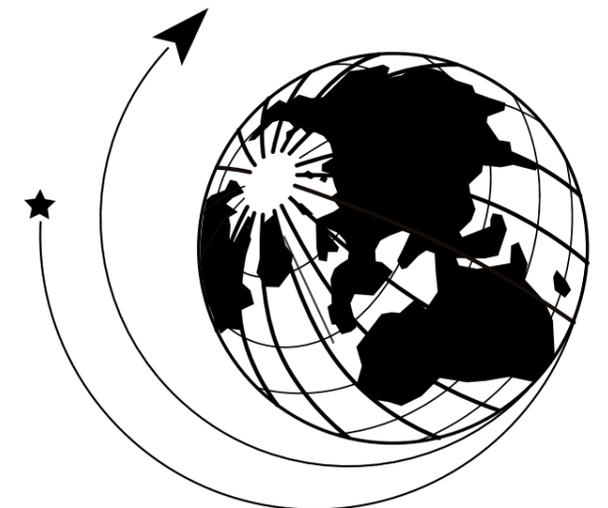
Von Dr. Tessa Hofmann und Dr. Gerayer Koutcharian. Informations- und Dokumentationszentrum Armenien Schirmherr: Bürgermeister von Berlin-Mitte Dr. Christian Hanke
anti-kriegs-museum.de ■

[8]

Erinnerung:

1. **Anarchistische Buchmesse (1. Anarchist Book-fair / foire aux livres anarchiste / 1a Feria de libros Anarquista) Mannheim 9./10. April 2011 08.-10.04.2011**

buchmesse-mannheim.blogspot.de ■





[1]

Moers: Ungleiche Schwestern?!**Am Sa, 5. März um 20.00 Uhr | Ort: Libertäres Zentrum "Barrikade" zu Moers**

Eine Veranstaltung kurz vor dem "Internationalen Frauenkampftag", „Ostfrauen sind trutzige Muttis und Westfrauen nervende Emanzen. So sehen sich Frauen aus beiden Teilen nach der Wende. Eine gesamtdeutsche Frauenbewegung scheitert“ - so schreibt Simone Schmollack am 11.05.2009 in der taz. Diesen bis heute erkennbaren Unterschieden in der Frauenbewegung Ost und West nachzuspüren und aufzudecken, der Frage, warum es bis heute keinen gesamtdeutschen Feminismus gibt, aus ostdeutscher Perspektive nachzugehen wünscht sich eine 40-jährige Feministin aus der DDR am 05.03.2011 in Moers.

Eintritt: Frei**Weitere Informationen:** www.Barrikade-Moers.de**Organisiert von:** FAU Moers ■

[2]

Bonn: Mikrozensus 2011 – Vortrag und Diskussion zur Volkszählung im Mai**Am Mi, 16. März um 20.00 Uhr | Ort: Netzladen, Wolfstraße 10 (Hinterhaus) Bonn Altstadt**

Volkszählung klingt harmlos – schließlich listen auch Supermärkte, Gärtnereien und Zoos alljährlich ihre Bestände auf... Doch was da im Mai 2011 mit dem so genannten „Mikrozensus“ ansteht, ist ein umfassender Abgleich von sehr persönlichen Daten aus unterschiedlichsten Quellen. Und bei Nichtbeantwortung der Fragen droht eine Strafe in Höhe von 5.000 Euro. Suat Kasem von der Initiative „AK Zensus“ wird

über die Bedenken von Datenschützern gegenüber der Volkszählung referieren, stellt den geschichtlichen Hintergrund dar und erläutert den geplanten Ablauf des Mikrozensus. Im Anschluss: Diskussion.

Eintritt: Frei**Weitere Informationen:** wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volksz%...**Organisiert von:** FAU Bonn | siehe www.fau-bonn.de

■

[3]

Lich: Ausstellung „Gustav Landauer“ (10. – 27. März) Am Do, 10. März um 17.00 Uhr | Ort: Lich (Schäfergasse 9), 10Min v. Licher-Bahnhof

Als Literaturkritiker, Übersetzer, Roman- und Novellenautor, Vortragsredner und Essayist, als nichtmarxistischer libertärer Sozialist und jüdischer Kulturphilosoph genoss Gustav Landauer (1870 – 1919) hohes Ansehen. Er agierte als Sprach- und Kulturkritiker, sowie Initiator zahlreicher Projekte.

Was Gustav Landauer vor allem antrieb, betraf die Suche nach einer menschlichen Gemeinschaft freier und gleichberechtigter Menschen in einer dezentralen und föderal vernetzten Welt. Ob in seiner umfassenden Rezeption der Dramen William Shakespeares sowie der Französischen Revolution von 1789 oder in seinen zahlreichen Vorträgen (deutsche und internationale Literaturgeschichte, Regeneration des Judentums, Antimilitarismus) – stets wird seine Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Miteinander deutlich.

Landauers noch heute lesenswerte Bücher und Essays vermitteln das sozialgeschichtliche Panorama einer bewegten Zeit am Ausgang des 19. Jahrhunderts und in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Seine Wirkung motivierte so unterschiedliche Zeitgenossen wie Martin Buber, Erich Mühsam, Margarete Susman, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Georg Kaiser und Ernst Toller.

Eintritt: frei**Organisiert von:** FAU-Lich ■

Libyen: Massaker und Revolution

Ein dringender Aufruf zur Solidarität!

Die Nachrichten aus Libyen sind schockierend. Das Regime Gaddafi¹ richtet ein furchtbares Massaker an den revoltierenden Massen an, die vom Gaddafi-Regime angeheuertem Söldnertruppen (den Baltajia von Mubarak vergleichbar) sowie reguläre Armee und Sicherheitskräfte feuern auf unbewaffnete Libyer – nur manche haben leichte Feuerwaffen. Die unterdrückerischen Kräfte des Regimes haben nicht nur Feuerwaffen, sondern auch Artillerie, Panzer und Kampffjets, und Hubschrauber. Im militärischen Sinn kann das kein Krieg sein, sondern nichts als ein furchtbares Massaker, daß das Gaddafi-Regime unter der Aufsicht der imperialistischen Kräfte in Europa und in den USA durchzieht. Aber wie immer geht es diesen Kräften nur um Öl und Geld, nur um den Profit, nicht um Menschenrechte oder gar Menschenleben. Die Regierungen in Europa und in den USA praktizieren ein blamables Schweigen, das beredter ist als irgendwelche Erklärungen. Im Herzen unterstützen sie die Mörder, die Diktatur gegen die revoltierenden Massen, wie schon bei Tunesien und Ägypten, nur um die Seiten zu wechseln, wenn der Triumph der Revolution unausweichlich wird. Es ist kein Geheimnis dabei, es geht um Öl und Geld, das in der Hand der Diktatoren verbleiben soll, nicht in der der

Völker. Wie es zuvor in Bahrain, Tunesien und Ägypten der Fall war, kommen die gegen den Aufstand gerichteten Waffen und deren Munition, die die Regimes einsetzen, um das Volk zu töten und zu unterdrücken, von europäischen oder amerikanischen Konzernen.

Vor zwei Tagen drohte der Sohn des libyschen Diktators den Massen und gestern haben seine Mörder und Söldner die Drohungen wahrgemacht. Libyen unter der Herrschaft des Regimes Gaddafi ist ein perfektes Beispiel eines totalitären Regimes, wie die unterdrückte Gesellschaft im Roman "1984" von George Orwell. "Big Brother" führt jetzt einen realen Krieg gegen sein eigenes Volk, oder genauer gesagt, er richtet an den revoltierenden Libyern ein blutiges Massaker an.

Und wieder einmal wird versucht, die Fundamentalisten als Schreckgespenst einzusetzen. Es ist aber kein Kampf zwischen Fundamentalisten und dem Regime, sondern tatsächlich ist es ein Kampf zwischen den Massen und der Diktatur. Dies ist eine skandalöse Manipulation der Realität, ein schamloser Versuch der Rechtfertigung nicht nur für die Repression des Regimes, sondern auch seiner brutalen

[1] Vorbemerkung d. Ü: Ich habe die Schreibweise von Gaddafi an die hier gebräuchliche angepasst. Die von Mazen ist auch nur eine Annäherung (die korrekte Umschrift wäre /Qadhafi/ – was hier keiner unfallfrei aussprechen könnte).

Verbrechen, während tatsächlich nichts, rein gar nichts die Verbrechen des Gaddafi-Regimes rechtfertigen kann. Den Einsatz von Panzern und Kampfjets gegen unbewaffnete Massen, darunter Kinder und ihre Mütter. Wir AnarchistInnen und Libertäre, wollen nicht die Möglichkeit verkennen, daß repressive Kräfte, islamistische oder andere, es schaffen könnten, die Revolution an sich zu reißen, aber in dieser Hinsicht ziehen wir nicht-religiöse unterdrückerische Kräfte den religiösen in keiner Weise vor. Wir wollen die wirkliche Freiheit für die Massen, für eine wirklich selbstverwaltete Gesellschaft, die sich frei und freiwillig von unten auf organisiert. Angesichts solcher Möglichkeiten sehen wir, daß die einzigangebrachte Antwort die breite, von den freien Massen durchgeführte direkte Aktion ist, nicht eine durch eine barbarische Diktatur ausgeübte brutale Repression. ■

|| Mazen Kamalmaz
Anarchist aus Syrien

|| Übersetzung: ASWAD

Wahlnachlese Hamburg

Sicherlich – Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten. Trotzdem wollen wir hier ein paar Aspekte der Wahl in Hamburg anmerken: In Hamburg entsprechen die Bezirke dem Landkreis, wodurch das Bundesland Hamburg 7 Landkreise hat; in diesen muß man 3% der Stimmen erreichen, um einen Sitz im Parlament zu erlangen. Mit 4,7% gelang dies der Piratenpartei im Bezirk Mitte, dem der Stadtteil St. Pauli zugehört. Die Nichtwähler bildeten im Bezirk Mitte mit 55,5% die stärkste Fraktion; weitere 5% gaben ungültige Wahlzettel ab. Die Linke lag mit 10% vor der FDP. In Eimsbüttel gingen 40% nicht zur Wahl und 3,1% wählten ungültig. Die Piratenpartei scheiterte hier mit 2,98% knapp an der 3%-Hürde. In Altona blieben 39,6% der Wähler der Wahl fern und 3,3% wählten zusätzlich ungültig. Die Linke erreichte in der früheren Hochburg der KPD vor 1933 immerhin 9,2%. Schliesslich gingen im Bezirk Nord 42,7% nicht zur Wahl; 3,1% wählten ungültig. Die Piratenpartei erreichte 2,6% der Stimmen und die Linke nur 6,4%. Erfreulich war, das NPD oder DVU überhaupt keine Rolle mehr spielten: stärkste Partei der “Kleinen” war die Piratenpartei, so daß für die Rechten im Durchschnitt nur noch 1 bis 2% der Stimmen über blieben. ■

|| Nico



Aus dem Wissenschaftsladen Dortmund:

Ägypten. Am 1. Februar erhielten wir eine Anfrage bezüglich der Unterstützung der vom Internet abgeklemmten Ägypterinnen und Ägypter. Da wir unseren alten Modem-Einwahlserver erst vor ein paar Monaten (mangels Nachfrage und um Strom zu sparen) abgeschaltet hatten, war es ein Leichtes das Gerät wieder in Betrieb zu nehmen. Das hat zwar (noch) nichts genützt, da kurz nach der Inbetriebnahme des Servers der Internetzugang in Ägypten sowieso wieder möglich war – aber die Dortmunder Lokalmedien zeigten unerwartet starkes Interesse an der Geschichte. Die (von kritischen Inhalten befreite) Berichterstattung über unsere Soliaktion für die ÄgypterInnen findet ihr auch auf free.de unter <http://www.free.de/archives/21-Solidaritaet-mit-den-AEgypterinnen-und-AEgyptern.html>

Zur Zeit gibt es auf dem Server vereinzelt Einwahlen aus Lybien. ■

Protektorat Griechenland - Krise, Widerstand, Repression

Veranstaltung der FAU-Frankfurt mit Ralf Dreis

Ein Update über Sparprogramme, Streiks, Widerstand und Repression, die anarchistische Bewegung und Widerstandsperspektiven. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung werden die sehr umstrittenen Aktivitäten verschiedener bewaffneter Organisationen sein.

Ralf Dreis ist Griechenlandkorrespondent für diverse linke und anarchistische Zeitungen und Mitglied der FAU-Frankfurt. Er arbeitet als Griechisch-Übersetzer und pendelt zwischen Deutschland und Griechenland.

Veranstaltung

Mo. 14. März 2011 – 20.00 Uhr –
Cafe Exzess: Leipziger Str. 91 –
Frankfurt/M – Bockenheim

Die Ermordung des 15-jährigen Schülers Aléxandros Grigorópoulos durch Polizeibeamte in Athen führte im Dezember 2008 zu einem beispiellosen sozialen Aufstand in Griechenland. Heute, zwei Jahre später, hat sich die Lage auf den verschiedensten Ebenen dramatisch zugespitzt.

Der Staat ist faktisch bankrott. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik steht das Land seit Anfang 2010 quasi unter Zwangsverwaltung. Nicht zuletzt auf deutschen Druck wurde die Bewilligung eines 110 Milliarden Euro schweren „Hilfspakets“ der EU an die Durchsetzung „schmerzhafter Reformen“ gekoppelt.

Die sozialen Auseinandersetzungen, militante Demonstrationen und Streiks, aber auch die staatliche Repression und die Aufspaltung der Gesellschaft in sich bekämpfende Gruppen haben seitdem ein bisher unbekanntes Niveau erreicht. Auch wenn deutsche Massenmedien nur noch im Einzelfall darüber berichten, wehren sich große Teile der Bevölkerung weiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch Lohn- und Rentenkürzungen, die Privatisierung staatlicher Betriebe, immer neue Steuererhöhungen bei gleichzeitigem Ausbau des staatlichen Repressionsapparats.

Neue, dezentral organisierte Massenbewegungen sind entstanden. Klandestine Organisationen, wie der „Revolutionäre Kampf“ oder die „Verschwörung der Feuerzellen“, die 2009 verstärkt die Aufnahme des bewaffneten Kampfes propagieren, sind durch Verhaftungen in der Defensive. Anschläge faschistischer/parastaatlicher Gruppen auf MigrantInnen, besetzte Häuser und anarchistische Treffpunkte haben erschreckende Dimensionen erreicht.

Das Land ist politisch gespalten und taumelt sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich am Rande des Abgrunds. ■

Tagung gegen Abschiebehaft 2011 in Schleswig-Holstein

Tagung gegen Abschiebehaft in Heide, 25. bis 27. März 2011

Die Zahl der Abschiebehäftlinge in der EU nimmt zu, europaweit wird Abschiebehaft sehr unterschiedlich umgesetzt. Seit dem 24.12.2010 soll die Rückführungsrichtlinie hier einheitliche Mindeststandards setzen. Diese gelten auch für die Abschiebehaft in Deutschland, wo es je nach Bundesland Unterschiede in der Ausgestaltung dieser Haft gibt. In Deutschland und in anderen EU-Ländern unterstützen Menschen Abschiebehäftlinge und setzen sich letztlich für die Abschaffung der Abschiebehaft ein. Die Fachtagung gegen Abschiebehaft findet seit zehn Jahren einmal im Jahr an unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik statt. Im Jahr 2011 findet die 11. Tagung vom 25.03. bis 27.03.2011 in Schleswig-Holstein in der Jugendherberge Heide statt. Ziel der Fachtagung ist es, die Fortbildung und Vernetzung sowie den Austausch der überwiegend ehrenamtlichen Mitglieder von Gruppen, die sich für die Abschaffung von Abschiebehaft engagieren zu stärken. Die politische Bildung für Aktive in der solidarischen Arbeit für Flüchtlinge soll gefördert werden. Die Tagung soll vor allem ehrenamtlich, aber auch hauptamtlich in der Begleitung, Beratung und Unterstützung von Abschiebehäftlingen Aktive ansprechen. ■

Eine Vielzahl von Themen wird im großen Plenum und in parallelen Arbeitsgruppen behandelt. Das umfangreiche Programm kann unter folgendem Link eingesehen werden:

http://www.frsh.de/pdf/FlyerAHETagung_web.pdf

Weitere Informationen:

Andrea Dallek, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.,

Tel.: 0431 / 735000, projekt@frsh.de

Anmeldung bitte bis zum 28.01.2011 an:

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband

Schleswig Holstein e. V.

Simone Reichow, Tel. 0431 / 56 02 22

Beselerallee 57, 24105 Kiel

Fax: 0431 / 56 02 – 78

reichow@paritaet-sh.org

Wir bitten darum, den Tagungsbeitrag von 50 Euro bei Ankunft am Veranstaltungsort zu bezahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Dallek

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Tel.: 0431-735000, Fax: 0431-736077

h2.frsh.de

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Oldenburger Str. 25

24143 Kiel

projekt@frsh.de

Tel: 0431/735000

Fax: 0431/736077

frsh.de

Solidarität muss praktisch werden!

Förderverein Flüchtlingsrat SH e.V.

Konto 383520

BLZ 21060237

Evangelische Darlehns Genossenschaft eG

Zensus 2011

ist missbrauchsanfällig und verstößt gegen Informationelle Selbstbestimmung. Internationale Liga für Menschenrechte hält Proteste gegen Volkszählung 2011 weiterhin für gerechtfertigt und unterstützenswert.

In diesem Jahr wird bundesweit eine neue Volkszählung – der Zensus 2011 – durchgeführt. Die Umsetzung läuft in Bund und Ländern auf Hochtouren. Nach Auffassung der Liga ist dieses Vorhaben verfassungs- und datenschutzrechtlich hochproblematisch. Dazu erklärt Liga-Vizepräsident Rolf Gössner:

“Der Zensus 2011 ist nicht nur aufwändig und teuer, sondern führt den verhängnisvollen Trend zur Verdattung der Bevölkerung fort. Dabei wird diese Volkszählung – entgegen den Werbebotschaften aus Politik und Wirtschaft – keine politischen und wirtschaftlichen Fehlplanungen verhindern, denn aus aktuellen Zahlen erfolgt nicht zwangsläufig eine bessere und gerechtere Politik. Vor allem aber ist der Zensus 2011 in hohem Maße missbrauchsanfällig und dürfte in wesentlichen Punkten gegen das Grundrecht auf Informationelle Selbstbestimmung verstoßen.”

Mit dem registergestützten Zensus ist eine umfangreiche Erfassung und Zusammenführung von persönlichen Daten der gesamten Bevölkerung aus diversen staatlichen Registern verbunden – ohne Einwilligung der Betroffenen. Ein erheblicher Bevölkerungsanteil wird darüber hinaus verpflichtet, Fragen aus dem persönlichen Lebensbereich zu beantworten – bundesweit sollen etwa acht Millionen Menschen betroffen sein, die von rund 80.000 Erhebungsbeauftragten “interviewt” werden sollen. Außerdem müssen alle rund 18 Millio-

nen Haus- und Wohnungseigentümer sowie alle Bewohner sensibler Sonderbereiche (Seniorenheime, Psychiatrische Krankenhäuser, Kasernen, Gefängnisse etc.) detaillierte Auskünfte geben. Im Falle der Verweigerung kann die Auskunftsbereitschaft aller Betroffenen auch mit Zwangs- und Bußgeldern erzwungen werden.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht die gegen den Zensus gerichtete Verfassungsbeschwerde von Bürgerrechtlern, die von über 13.000 Menschen unterstützt wurde (www.vorratsdatenspeicherung.de), Ende September vorigen Jahres nicht zur Entscheidung angenommen. Doch die Liga hält auch danach ihre rechtlichen Bedenken und ihre rechtspolitische Kritik aufrecht – zumal dieser Gerichtsbeschluss letztlich aus formalen, nicht aus inhaltlich-verfassungsrechtlichen Gründen erfolgt ist. Proteste gegen die Volkszählung 2011, die bundesweit über 700 Mio. Euro kosten wird, sind auch weiterhin gerechtfertigt.

Rolf Gössner fasst die Kritik am Zensus 2011 und am zugrunde liegenden Gesetz so zusammen: * “Mit den zweckentfremdeten Informationen aus diversen staatlichen Datenbanken, angereichert mit sensiblen Daten einer Zwangsbefragung, entstehen hoch problematische Personenprofile. * Die Daten werden in einer Zentraldatenbank zusammengeführt und können über eindeutige Ordnungsnummern verknüpft bzw. zugeordnet werden – obwohl das Bundesverfassungsgericht eine solche Identifikations-

oder Personenkenziffer bereits in früheren Urteilen untersagt hatte. * Die erhobenen und verknüpften Daten werden nicht etwa unmittelbar nach ihrer Auswertung gelöscht, sondern bleiben bis zu vier Jahre lang gespeichert und über die Ordnungsnummern zu heiklen Personenprofilen verknüpfbar. * Diese mangelhafte Anonymisierung ist eine große Gefahr für informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz und Datensicherheit. So entsteht für einen langen Zeitraum eine riesige, schwer kontrollierbare zentrale Datensammlung mit erheblichem Missbrauchspotential, wie es allen großen Datenbanken eigen ist.“Hintergrundinfos: Zensus 2011 – eine neue Volkszählung mit verfassungsrechtlichen Tücken

I. Der bundesdeutsche Zensus 2011 geht auf eine EU-Vorgabe zurück, die erstmals gemeinschaftsweit eine Zählung der Bevölkerung, der Haushalte sowie Wohnungen in allen Mitgliedsstaaten zwingend für 2011 vorschreibt.

Ziel ist es, in allen EU-Mitgliedsstaaten nach gleichen Kriterien erzielte, vergleichbare Ergebnisse zu gewinnen, um für künftige Planungen gewappnet zu sein. Der Bundestag hat zur Umsetzung das Zensusgesetz vom 8.07.2009 (BGBl. I S. 1781) beschlossen. Die Durchführung des Zensus obliegt weitgehend den Bundesländern, die dafür eigens Ausführungsgesetze erlassen mussten bzw. noch müssen. Die Umsetzung läuft auf Hochtouren. Stichtag der Erhebung ist der 9.05.2011. Erhebungszeitraum zwischen Mai und Dezember 2011 (bis spätestens Mitte 2012). Erste Ergebnisse aus dieser Erhebung werden erst 18 Monate nach dem Stichtag erwartet. Bundesweit wird der Zensus über 700 Mio. Euro kosten.

Der Zensus soll Basis- und Strukturdaten liefern über Bevölkerung, Migration, Alter, Familienstand, Erwerbstätigkeit, Wohnsituation etc., auf denen dann politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Planungsprozesse bei Bund, Ländern und Kommunen aufbauen sollen. Es geht dabei u. a. um den demografischen Wandel, um Infrastrukturplanung und den Länder- und kommunalen Finanzausgleich. Doch auch mit neueren Zahlen und Statistiken aus dem Zensus 2011 sind politische und wirtschaftliche Fehlplanungen nicht auszuschließen, zumal diese in der Regel nicht auf fehlenden oder veralteten Daten beruhen, sondern auf einer falschen Bewertung oder auf einer verfehlten und interessegeleiteten Verteilungspolitik.

II. Ablauf und Besonderheiten des Zensus 2011:

1. Anders als bei früheren Volkszählungen werden mit dem registergestützten Zensus zunächst personenbezogene Informationen aus zahlreichen staatlichen Registern zusammengeführt – allerdings ohne Einwilligung der Betroffenen, wie die Liga kritisiert, und unter Zweckentfremdung der ursprünglich für andere Ziele erfassten Daten. Die teils sensiblen Daten werden etwa bei Meldebehörden, Liegenschaftskatastern, den Agenturen für Arbeit sowie aus ‚allgemein zugänglichen Quellen‘ abgefragt. Dazu gehören neben den Grundmelde-daten etwa auch Angaben zu Schulabschluss und Ausbildung, Eheschließungen und -scheidungen, Religion, Wohnungsstatus, Anschrift des Wohnungsgebers, Beruf, Arbeitsort und -stätte, Branche und Arbeitslosenstatus (etwa „nicht zu aktivierende Person“) etc.

zuletzt von der Bedeutung her, den dieser im Hinblick auf die Truppenmobilisierung im Kriegsfall besaß. Überhaupt betrieb das NS-Regime eine enge Verquickung des Bereiches der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik mit jenem der Rüstungspolitik. Wie Hitler im Sommer 1936 in einer geheimen Denkschrift darlegte, dienten alle nach der Machtübergabe an die NSDAP unternommenen wirtschaftspolitischen Anstrengungen letztlich einem Zweck: der „Wehrhaftmachung“ des „Dritten Reiches“. Binnen 4 Jahren seien Armee und Industrie in einen Zustand der Kriegstauglichkeit zu versetzen. Als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ sollte Reichsluftfahrtminister Hermann Göring für ein Höchstmaß an Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Rohstoffimporten und einen massiven Anstieg der Rüstungsproduktion Sorge tragen. Die Göring unterstehende Vierjahresplan-Behörde war befugt, zur Erfüllung des Vierjahresplans als notwendig erachtete Umstrukturierungen der deutschen Wirtschaft zu veranlassen. Hohe Profite der Industrie und ein Rückgang der Arbeitslosenzahl auf nicht einmal 120.000 im Jahr 1939 sicherten solchen Maßnahmen staatlicher Regulierung breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Verschleiert wurde die finanzpolitische Kehrseite des ökonomischen Aufschwungs: 1938 etwa die Hälfte aller staatlichen Ausgaben verschlingend, drohten die Rüstungsaufwendungen den Reichshaushalt zu sprengen. In Friedenszeiten wäre eine das „Dritte Reich“ in seinen Grundfesten erschütternde Finanz- und Wirtschaftskrise auf Dauer unvermeidlich gewesen. Die NS-Größen erlegten sich dennoch keinerlei haushaltspolitische Zurückhaltung auf, steuerten sie doch zielstrebig auf einen Krieg zu, den es aus ihrer Sicht zur Eroberung neuen „Lebensraums im Osten“ zu führen galt. ■

|| fpf

Quellen:

- Adam, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Königstein/Taunus 1972.
- Bracher, Karl Dietrich, *Die deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1972.
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers*, München 1989/12.
- Herzfeld, Hans, *Der Erste Weltkrieg*, München 1985/7.
- Hildebrand, Klaus, *Das Dritte Reich*, München 1987/3.
- Kershaw, Ian, *Hitler 1889-1936*, Stuttgart 1998.
- Michalka, Wolfgang (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, München/Zürich 1994.
- Mommsen, Hans, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, München 2001/2.
- Peukert, Detlev J. K., *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt am Main 1987.
- Ullmann, Hans-Peter, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Frankfurt am Main 1995.
- Wehler, Hans-Ulrich, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1973.
- Winkler, Heinrich August, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993.

alleinige Kontrolle über sämtliche Konzentrationslager (KZ), die kurz nach der Machtübertragung an die NSDAP im Zuge der Bekämpfung von Nazi-GegnerInnen errichtet worden waren, auf die SS überging. Zudem betrieb Himmler zielstrebig die Verschmelzung von Polizei und SS. Diese Entwicklung mündete in seine Ernennung zum „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei“ am 17. Juni 1936. Himmler gebot nun über eine höchst effizient operierende Überwachungs- und Unterdrückungsmaschinerie, zu deren Kerneinrichtungen der Sicherheitsdienst (SD) und die Geheime Staatspolizei (Gestapo), in Personalunion geleitet von Heydrich, zählten.

Wirtschaftliche Scheinblüte

In wirtschaftlicher Hinsicht gelangte die NSDAP zu einem günstigen Zeitpunkt an die Schalthebel der politischen Macht, begann sich doch Anfang 1933 ein Ende der mehrjährigen konjunkturellen Talfahrt abzuzeichnen. So hatte die Arbeitslosenzahl ihren Höhepunkt 1932 erreicht und war inzwischen rückläufig. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit versuchte die NSDAP u. a. mit der Gründung des Reichsarbeitsdienstes (RAD) zu bewältigen. Gegen ein Entgelt, das etwa dem Satz der Arbeitslosenunterstützung entsprach, hatten ab Mitte 1935 Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren unter dem Dach dieser dem Reichsinnenministerium angegliederten Organisation einen halbjährigen „Ehrendienst am deutschen Volke“ zu verrichten, der z. B. in der Trockenlegung von Mooren bestand. Für Frauen gleichen Alters war der Arbeitsdienst zunächst freiwillig, bevor er nach Ausbruch des 2. Weltkrieges mit einer karitativen Ausrichtung ebenfalls verpflichtend wurde. Für zusätzliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt sorgte die ebenfalls 1935 vollzogene Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Eine Entschärfung der Konkurrenz um Arbeitsplätze versprach sich das Nazi-Regime darüber hinaus von familienpolitischen Maßnahmen wie zinslosen Ehestandsdarlehen und Steuervergünstigungen für kinderreiche Paare, die möglichst vielen Frauen die Beschränkung auf die Rolle als Hausfrau und Mutter schmackhaft machen sollten. Die Führung des „Dritten Reiches“ investierte zudem Milliardenbeträge in die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hierbei griff sie auf bereits entwickelte, aber seitens der Vorgängerregierungen nicht oder nur teilweise realisierte Programme zurück. Zu den von Hitler favorisierten Projekten zählte die seit den 1920er Jahren innerhalb des Deutschen Reiches angedachte Errichtung eines Autobahnnetzes. Hitlers Interesse am Autobahnbau rührte nicht

2. Darüber hinaus wird ein erheblicher Teil der Bevölkerung – bundesweit bis zu zehn Prozent oder acht Millionen Bürger/innen – gezwungen, Fragen aus dem persönlichen Lebensbereich zu beantworten. Ein Widerspruch oder eine Klage gegen die buß-/zwangsgeldbewehrte Heranziehung als zu befragende Person hat keine aufschiebende Wirkung, das heißt: Die Fragen sind dennoch unmittelbar, also auch schon vor einer gerichtlichen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Maßnahme zu beantworten.

Für diese Haushaltsstichproben werden bundesweit rund 80.000 Erhebungsbeauftragte (Interviewer) benötigt, die zu diesem „Ehramt“ auch verpflichtet werden können. Die Erhebungsbeauftragten fragen im Verlaufe ihrer Befragungaktionen und Hausbesuche nach Geschlecht, Geburtsort und -land, Alter, Staatsangehörigkeit, Ausbildung, Familienstand, nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Haushaltsgröße, Familientyp, ausgeübtem Beruf, Berufsstellung und Erwerbsstatus. Auch sensible und diskriminierungsträchtige Fragen nach dem Migrationshintergrund sind vorgesehen sowie – anders als es die EU-Vorgabe vorschreibt – nach der Religionszugehörigkeit; insbesondere Muslime sollen differenzierte Angaben machen, so etwa, ob sie sich dem sunnitischen, schiitischen oder alevitischen Islam zugehörig fühlen.

3. Über diese Stichprobenerhebungen hinaus sind alle rund 18 Millionen Haus- und Wohnungseigentümer verpflichtet, postalisch Auskünfte über ihre Immobilien zu erteilen – etwa über Größe und Alter der Gebäude, wie sie genutzt werden, wie viele Leute dort wohnen und wie die Wohnungen ausgestattet sind; über Wohnungseigentumsverhältnisse, Heizungsart, Zahl der Wohnungen und Räume, WC, Badewanne oder Dusche, Art der Nutzung. Auch alle Bewohner sensibler Sonderbereiche werden erfasst, ob in Gemeinschaftsunterkün-

ten, (Senioren-) Wohnheimen, Krankenhäusern, Psychiatrie, Kasernen oder Gefängnissen – diese Vollerhebung birgt die Gefahr sozialer Stigmatisierung und Diskriminierung.

III. Die zweckentfremdeten Informationen aus diversen staatlichen Datenbanken, angereichert mit sensiblen Daten einer Zwangsbefragung werden zentral gespeichert.

Sie können über eindeutige Ordnungsnummern zugeordnet und zu Personenprofilen verdichtet werden – obwohl das Bundesverfassungsgericht eine solche Identifikations- oder Personenkennziffer bereits früher untersagt hatte.

Die gesammelten und zentral zusammengeführten Daten werden nicht etwa unverzüglich nach ihrer Auswertung gelöscht, sondern sollen bis zu vier Jahre lang gespeichert und über die Ordnungsnummern zu heiklen Personenprofilen verknüpfbar bleiben. So entsteht für einen langen Zeitraum eine riesige, schwer kontrollierbare zentrale Datensammlung mit hohem Missbrauchspotential, wie es allen großen Datenbanken eigen ist. Die damit verbundene mangelhafte Anonymisierung ist eine große Gefahr für informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz und Datensicherheit. ■

III Internationale Liga für Menschenrechte



Erziehung

Erziehung , autoritär, autokratisch, autoritativ, demokratisch, flexibel, permissiv, vernachlässigend , verwöhnend, ... Das ist alles Erziehung, aber egal wie mensch es dreht und wendet es bleibt Erziehung. Mit den logischen Nachteilen. Am ehesten sichtbar ist Erziehung dann wenn es bewusste Erziehung ist, also wenn deine Eltern zum Beispiel sagen : „Du sollst dir Schuhe anziehen!“ Weniger sichtbar ist unterbewusste Erziehung, also wenn du niemand auf der Straße ohne Schuhe siehst kommst du nicht so schnell auf den Gedanken keine Schuhe zu tragen.

Erziehung wird immer weniger in Frage gestellt, weil mensch sich ein Leben ohne Erziehung kaum noch vorstellen kann. Was würde passieren wenn niemand mehr erzogen wird? Mit dieser Frage setzt sich dieser Artikel auseinander. Wenn niemand mehr erzogen wird ist es einfacher eine freie Meinung zu bilden, diese zu vertreten, und frei auszuleben. Durch Erziehung wird ein selbstbestimmtes Leben erschwert wenn nicht sogar verhindert. Den Kindern wird vermittelt, dass die Sicht der Eltern die richtige ist und so sind die Kinder nicht offen oder zumindest weniger offen zu neuen oder anderen Erlebnissen und Ideen. Durch Erziehung stirbt Offenheit zwar nicht , sie wird aber sehr stark abgebaut. Wenn Menschen nicht offen für neue Ideen und neue Erkenntnisse sind, ist eine Demokratie kaum noch möglich.

Viele Eltern haben sich als Ziel gesetzt ihre Kinder zur „Selbstständigkeit zu erziehen. In dem Wort „Erziehung“ ist das Wort „zie-

hen“ enthalten. Mensch wird also da hin „gezogen“ wo der/die (Er-)ZieherIn hin„zieht“. In dem Wort „Selbstständig“ ist das Wort „selbst“ enthalten. Mensch macht also etwas selbst. Die Worte „Selbstständig“ und „Erziehung“ sind also Grundlegend verschieden. Es ist fast ein Ding der Unmöglichkeit jemanden zur „Selbstständigkeit“ zu erziehen. Aber was würde passieren wenn niemand mehr erzogen wird? Die meisten Menschen denken jetzt wohl an brennende Autos und Chaos. Vielleicht auch an randalierende Jugendliche. Aber ist das eine reale Vorstellung? Es ist nicht unser Ziel, dass Eltern ihre Kinder vernachlässigen, sondern dass das die Kinder die Chance oder das Recht darauf haben ohne Zwang und andere Einflüsse ihre eigene Persönlichkeit zu entwickeln und diese auszuleben.

Wenn alle Leute anders wären, wäre das wiederum normal. JedeR ist für sich selbst verantwortlich. Und eine (Basis-)Demokratie entsteht ja auch nur durch zahlreiche Lebensformen und Selbstbestimmung. Es ist schon schlimm genug, dass sich manche Leute daran halten, was die anderen machen, da sie meist durch die Erziehung eine eingeschränkte Sicht haben und so verunsichert sind, wenn etwas Neues kommt. Natürlich ist dies wie immer auch nur eine Teilverforderung. Erziehung abzuschaffen und durch humane Aufklärung zu ersetzen ist nicht eine Sache die mensch mal eben grade macht , vor allem nicht dann wenn es Familien übergreifend sein soll. Diese Forderung basiert auf einem völlig neuen Verstand des Zusammenlebens. ■

|| Jan & Sindja

„Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, eines Wahlbündnisses der im „Kabinett der nationalen Konzentration“ vertretenen konservativen Kräfte, vermochte die NSDAP knapp die 50-Prozent-Marke zu durchbrechen. Wenig später beugte sich der Reichstag mehrheitlich dem Druck der Nazi-Bewegung, der etwa in der Abriegelung der als Versammlungsort dienenden Berliner Krolloper durch SA- und SS-Verbände Ausdruck fand, und verzichtete durch Annahme des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“ auf seine ihm in der Verfassung zugedachte Schlüsselrolle bei der politischen Willensbildung. Das „Ermächtigungsgesetz“ erlaubte es der Regierung nämlich, Gesetze ohne Billigung des Reichstages und Reichsrates sowie Gegenzeichnung des Reichspräsidenten in Kraft zu setzen. Diese Selbstentmachtung bedurfte aus verfassungsrechtlichen Gründen einer parlamentarischen 2-Drittel-Mehrheit. Die 81 KPD-Abgeordneten konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen, da sie sich in Haft oder auf der Flucht befanden. Gleiches galt für etwa 2 Dutzend sozialdemokratische Parlamentarier.

Die übrigen SPD-Mandatsträger stimmten gegen das Gesetzesvorhaben. Da jedoch die Fraktionen des Zentrums und der konservativen Bayerischen Volkspartei (BVP) sich ihrem Widerstand nicht anschlossen, passierte das „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933 den Reichstag mit der erforderlichen Mehrheit. Zunächst für einen Zeitraum von 4 Jahren verabschiedet, wurde es 1937, 1939 und 1943 verlängert und blieb so bis zum Zusammenbruch des NS-Regimes gültig. Weitere wesentliche Etappen auf dem Weg zur Errichtung des „Führerstaates“ waren das am 14. Juli 1933 erlassene, den Einparteiensstaat nach der Ausschaltung von KPD und SPD sowie der Selbstaflösung der Mitte-Rechts-Parteien zementierende „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ sowie die mit der Abschaffung des Reichsrates Mitte Februar 1934 vollendete Beseitigung sämtlicher bundesstaatlicher Strukturen des Deutschen Reiches. Der Gleichschaltungsprozess durchdrang das gesamte gesellschaftliche Leben. Katholische wie protestantische Kirchenkreise vermochten dem Anpassungsdruck zumindest eine Weile lang standzuhalten, ansonsten wichen rasch alle nicht in völligem Einklang mit der Nazi-Ideologie stehenden

Einrichtungen, Vereine und Verbände der NSDAP angegliederten Organisationen. Die letzte staatliche Instanz, die Hitlers Macht zumindest auf dem Papier noch Grenzen setzte, entfiel mit Hindenburgs Tod im August 1934. Das Amt des Reichspräsidenten wurde abgeschafft, seine Befugnisse gingen jedoch auf Hitler über, der von nun an als „Führer und Reichskanzler“ fungierte.

Einbindung der Reichswehr und Aufstieg der SS

Ein Machtfaktor, dessen Unterstützung Hitler aus innen- wie außenpolitischen Erwägungen für unverzichtbar hielt, war die Reichswehr. Das Auftreten der SA, an deren Spitze mit dem ehemaligen Offizier Ernst Röhm (1887-1934) einer der engsten politischen Weggefährten Hitlers stand, ließen einflussreiche Militärkreise jedoch eine gewisse Distanz zum NS-Regime wahren. Röhm schwebte nämlich neben Umwälzungen sozialer Natur der Ausbau der SA in eine Art Volksmiliz vor, in die er die Reichswehr eingegliedert wissen wollte. Hierdurch wurden auch innerparteiliche Rivalen, allen voran Heinrich Himmler (1900-1945), der die der SA untergeordnete Schutzstaffel (SS) befehligte, alarmiert. Himmler und sein wichtigster Mitarbeiter Reinhard Heydrich (1904-1942) streuten Gerüchte über Putsch-Pläne Röhm's, dessen Homosexualität ihnen eine zusätzliche Angriffsfläche bot. Vor die Wahl zwischen der Parteimiliz und der regulären Armee gestellt, nutzte Hitler den angeblich bevorstehenden Umsturzversuch als Vorwand, um sich der SA-Führungsriege gewaltsam zu entledigen. Letztere wurde am 30. Juni 1934 festgenommen und von SS-Verbänden liquidiert. Die Ausschaltung der SA-Spitze förderte die Verbundenheit der Reichswehr mit dem NS-Staat nachhaltig. Dies galt umso mehr, als der Militärapparat in Form der Bereitstellung von Waffen und Transportkapazitäten in die entsprechenden Vorgänge verstrickt war. Nach der Ermordung Röhm's erlitt die SA einen massiven Bedeutungsverlust. Hiervon profitierte die seitens Hitlers für ihre bei der „Niederschlagung des Röhm-Putsches“ erwiesene Loyalität in den Rang einer eigenständigen NSDAP-Gliederung erhobene SS. Der hiermit verbundene Machtzuwachs manifestierte sich u. a. darin, dass die

nismus, der im Zuge einer vereinfachenden Übertragung der Evolutionstheorie Charles Darwins (1809-1882) auf die menschliche Zivilisation entwickelt worden war. Hatte Darwin wertneutral den Grad der Anpassungsfähigkeit an die äußeren Lebensumstände zum Hauptkriterium im natürlichen Daseinskampf erklärt, unterschied der Sozialdarwinismus zwischen Trägern hoch- und minderwertigen Erbgutes, wobei seine entschiedensten Verfechter nicht davor zurückschreckten, der zweiten Gruppe das Existenzrecht abzuspochen. So war laut Nazi-Ideologie ein Volk auf Dauer nur dann überlebensfähig, wenn es mittels einer gezielten Auslesepolitik die Fortpflanzung seiner genetisch einwandfreien Angehörigen aktiv fördere und problematische Vererbungslinien rigoros kappe. Darüber hinaus sei jede genetische Vermischung der Erbanlagen des deutschen Volkes mit denen anderer Völker strikt zu verhindern, und zwar insbesondere dann, wenn derartige Verbindungen die „Rassereinheit“ gefährdeten. Zu den Kernelementen der Nazi-Ideologie zählte nämlich eine Hierarchie einander bekämpfender Rassen. Das deutsche Volk galt als „arisch“ und daher einer „Herrenrasse“ zugehörig. Die BewohnerInnen Osteuropas hingegen wurden als „slawische Untermenschen“ diffamiert, auf deren Kosten das Deutsche Reich „Lebensraum“ für zukünftige Generationen „arischer Herrenmenschen“ zu erobern habe. Den Hauptfeind im von ihnen beschworenen Überlebenskampf des deutschen Volkes erblickten die NS-Vordenker in der Weltreligion des Judentums, die sie ebenfalls in eine eigene Rasse umdeuteten. Nahezu jedes aus Nazi-Sicht bedrohliches Phänomen politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Natur wurde einer jüdischen Zersetzungstätigkeit angelastet. So war „der Jude“ z. B. angeblich gleichermaßen für den Kommunismus, das internationale Finanzkapital und die als „entartet“ gebrandmarkte Kunst der Moderne verantwortlich zu machen. Keinerlei Rolle spielte innerhalb der NS-Ideologie die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit. Getreu der Propagandaformel „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ wurde stattdessen dem Einzelnen die totale Selbstaufgabe zugunsten der „Volksgemeinschaft“ abverlangt. Auf kategorische Ablehnung stießen von Nazi-Seite aus ferner sämtliche Formen demokratischer Entscheidungsfindung.

Zum alleinigen Maßstab jeglichen gesellschaftlichen und staatlichen Handelns erhob die NSDAP vielmehr den Willen des „Führers“ Adolf Hitler. Das Führerprinzip galt ebenso auf den mittleren und unteren Ebenen des sozialen und politischen Lebens. So beanspruchten etwa auch „Betriebs-“ oder „Ortsgruppenführer“ den unbedingten Gehorsam ihrer jeweiligen „Gefolgschaft“.

Gleichschaltung und Errichtung des „Führerstaates“

Unmittelbar nach der Machtübertragung an die NSDAP begann diese damit, sich der Beschränkungen ihrer Herrschaft schrittweise zu entledigen. So erwirkte Hitler von Hindenburg schon am 1. Februar 1933 die Auflösung des Reichstages. Die Neuwahl wurde terminiert auf den 5. des darauffolgenden Monats. Als Regierungspartei konnte die NSDAP aus einer Position der Stärke den Wahlkampf führen, während die Oppositionsparteien, allen voran die KPD und die SPD, sich massiver Verfolgung bis hin zu Mordaktionen ausgesetzt sahen. Inmitten des Wahlkampfes bot sich den neuen Machthabern ein Vorwand zum Frontalangriff auf die Weimarer Verfassung. So ging in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Flammen auf. Ein am Tatort festgenommener Niederländer, der mit linksradikalem Gedankengut sympathisierende Marinus van der Lubbe (1909-1934), gestand, den Brand ohne fremde Hilfe gelegt zu haben.

Das NS-Regime erklärte nichtsdestotrotz die Tat zum Auftakt eines kommunistisch gesteuerten Umsturzversuches. Noch im Laufe des 28. Februar wurde eine „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom Reichskabinett verabschiedet und von Hindenburg als präsidiale Notverordnung erlassen. Diese „Reichstagsbrandverordnung“ setzte die verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde hierdurch ebenso aufgehoben wie die Presse- und Versammlungsfreiheit. Trotz der Unterdrückung der Oppositionsparteien verfehlte die NSDAP bei der Reichstagswahl die angepeilte absolute Mehrheit mit einem Ergebnis von 43,9 Prozent deutlich. Nur zusammen mit den Stimmen der

Multikulturalismus, Diversität und Gleichheit

Es wurde bereits viel gesagt über David Camarons¹ kürzlich gehaltene Rede über das Versagen des Multikulturalismus. Es war vorhersehbar, dass die Linke die Rede verdammt und die multikulturelle Gesellschaft verteidigt. Doch ärgerlicherweise gibt es einen Unterschied zwischen dem Leben in einer Gesellschaft mit verschiedenen Kulturen und dem Konzept des Multikulturalismus.

In den Jahren der New Labour Regierung² förderte man den Multikulturalismus, neben den beiden Ideen von Gleichheit und Diversität. Natürlich war dies Teil des New Labour Mantras „alle sind Mittelklasse“, die nie jemand glaubte, besonders nicht die ArbeiterInnenklasse. Die Idee der Klasse wurde unter dem Banner von Multikulturalismus und Verschiedenheit subsumiert. Die Industrie sprang sofort auf den Zug auf und veranstaltete Kurse mit den Themen „Gleichheit und Diversität“ mit den Schwerpunkten Rasse, Sexualität, Behinderung und sogar Religion – doch den Begriff der Klasse klammerte sie aus.

Das überrascht kaum, denn wir leben in einem ökonomischen System das auf Ungleichheit und Klassenwidersprüchen basiert. Wäre der Begriff der Klasse ein Teil der Veranstaltungen gewesen, hätten sie die bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten in Frage gestellt und somit unangenehme Fragen aufgeworfen.

In der Zwischenzeit ereignete sich 9/11, die Invasion in Afghanistan und dann der Irak Krieg, und die Labour Partei begriff, dass sie sich nicht länger auf die Stimmen der muslimischen Bevölkerung verlassen kann. Linke Gruppierungen versuchten diese Lücke zu füllen und es entstand eine befremdliche Zusammenarbeit zwischen AtheistInnen, marxistischen Parteien und muslimischen Gruppen. Der tränenreiche Zusammenbruch dieses Bundes war vorhersehbar und so geschah es auch. Doch eine Folge dieses Zusammenschlusses war, dass die antirassistische und die anti-Kriegs Bewegung von Beginn an Kompromisse mit Leuten einging, die überhaupt kein Verständnis für die Idee von Gleichheit besitzen. Das gilt insbesondere in der Frage der beiden Geschlechter und Sexualität.

Die liberale und marxistische Linke begann diejenigen, die Fragen über andere Kulturen hatten, auszuschließen. Eine multikulturelle Gesellschaft war erwünscht, aber nur eine solche, in der jede Kultur vorbehaltlos respektiert wurde; jede Kritik wurde als Eurozentrismus abgetan. Die Labour Regierung schloss Religionen in ihr Diversitäts- und Gleichheits-Mantra mit ein, um dadurch Wählerstimmen zurückzugewinnen. Diese neue Orthodoxie argumentierte für die Akzeptanz der Gleichheit aller Kulturen und Lebensstile und gegen jeden unabhängigen und universellen Standpunkt, der in der Lage ist die Ansprüche der einzelnen Kulturen zusammenzufassen. Verschiedene Menschen und Kulturen haben verschiedene Werte,

[1] David Camaron: Parteivorsitzender der konservativen Tory Partei, seit dem 11. Mai 2010 britischer Premierminister.

[2] New Labour: Moderne Parteidoktrin der Labour Partei seit der Amtszeit Tony Blairs.

Glauben und Wahrheiten, von denen jede als legitim zu betrachten sei. Doch dieser Versuch war von Anfang an mit Makeln behaftet. Wenn es wahr ist, dass jede Perspektivierung aus partikularen Ansichten und deren historische Praxis zusammengesetzt ist, dann muss dies für den multikulturalistischen Versuch ebenso gültig sein. Jede Kultur und jeder Lebensstil soll mit dem gleichen Respekt behandelt werden, so wird argumentiert. Aber wie soll das funktionieren? Um alle mit dem gleichen Respekt zu behandeln müssen wir die einen mit den anderen vergleichen. Der Idee des Multikulturalismus nach hieße das, unseren Standpunkt auszuschließen. Das Prinzip der Verschiedenheit ist nicht in der Lage, Standards zu vermitteln, die uns dazu nötigen die Verschiedenheit des anderen zu respektieren. Auf welcher Grundlage können wir ihren Respekt und sie unseren verlangen? Es ist sehr schwer gegenüber Unterschieden respektvoll zu sein, ohne dabei Prinzipien der Gleichheit oder der sozialen Gerechtigkeit anzusprechen.

Die Idee der Gleichheit rührt von dem Umstand her, das Menschen politische Wesen sind. Als solche besitzen wir die Fähigkeit verschiedene Kulturen zu erschaffen; das bedeutet aber nicht, dass alle Kulturen gleich sind. Wenn die Idee der Gleichheit aller Menschen durch die Idee der Gleichheit aller Kulturen ersetzt wird, schließt das die Möglichkeit sozialer Gleichheit völlig aus. Es ist eine entscheidende Fähigkeit der menschlichen Entwicklung, dass wir soziale, moralische und technischen Fortschritt zustande bringen, Ideen erschaffen, die nicht einfach nur unterschiedlich, sondern manchmal einfach besser sind (manchmal auch schlechter), als die vorangegangener Generationen oder anderer Kulturen.

Die Anhänger des Multikulturalismus nötigen uns jede Absicht auf Veränderung und Entwicklung zu ignorieren und sie stattdessen durch die Notwendigkeit des Respekts für andere Kulturen zu ersetzen, unabhängig welcher, so dass die von ihnen vertretenen Traditionen gestärkt und nicht kritisiert werden. Warum sollte ich Kulturen respektieren, deren Ansichten meiner Auffassung nach reaktionär und manchmal sogar verachtenswert sind? Warum sollte man sich mit rückständigen, frauenfeindlichen und homophoben Positionen bestimmter Religionen arrangieren? Warum sollen wir nicht nach vorne sehen, in eine Zeit wenn diese Kulturen verschwunden sein werden, genau wie wir uns danach sehnen, dass kapitalistische, faschistische und autoritäre Gesellschaften endlich der Vergangenheit angehören. Wie kann ich sie respektieren ohne dabei meine eigenen Standpunkte zu diskreditieren?

Verschiedenheit an sich, ist nicht automatisch gut. Es ist notwendig, denn es versetzt uns in die Lage verschiedenen Werte, Glauben oder Lebensweisen zu vergleichen und darüber zu entscheiden was besser oder schlechter ist. Es erlaubt uns in den politischen Dialog einzutreten und für einen universellen Wertekanon zu argumentieren, durch den Freiheit und Gleichheit erblüht und der gleichzeitig verschiedene Lebensweisen beinhaltet, die sich nicht notwendigerweise widersprechen. Das Versagen des Multikulturalismus besteht darin, dass er Dialoge und Diskussionen verhindert und außerdem die Beurteilung bestimmter Werte im Namen von „Toleranz“ und „Respekt“ erschwert. Durch ihn werden nicht die Vorteile kultureller Diversität gestärkt, sondern die Menschen werden ermutigt intolerante Positionen noch hartnäckiger zu verteidigen.



in das so genannte Kabinett der nationalen Konzentration als Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen eintrat, gab sich der Illusion hin, Hitler durch ein Übergewicht deutschnational-konservativer Minister „einrahmen“ und die NSDAP auf diese Weise „zähmen“ zu können. In der Tat begnügte sich die NSDAP zunächst mit der Entsendung dreier Vertreter in die aus 13 Personen bestehende Regierung Hitler, die allerdings allesamt Schlüsselpositionen bekleideten. Neben Hitler selbst handelte es sich hierbei um Wilhelm Frick (1877-1946), der das Reichsinnenministerium übernahm, und Hermann Göring (1893-1946), der als Minister ohne Geschäftsbereich mit der kommissarischen Leitung des

preußischen Innenministeriums betraut wurde. Somit oblag der NSDAP nun die Durchführung von Zeitungs-, Versammlungs- und Parteiverboten sowie die Kontrolle über den Polizeiapparat des größten deutschen Landes.

Die NS-Weltanschauung

Die wichtigsten Grundlagentexte der Nazi-Ideologie waren das am 24. Februar 1920 veröffentlichte 25-Punkte-Programm der NSDAP, Adolf Hitlers Mitte der 1920er Jahre entstandenes Weltanschauungsmanifest „Mein Kampf“ sowie das durch den NS-Theoretiker Alfred Rosenberg (1893-1946) 1930 publizierte Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. In ihnen wurde seit dem späten 19. Jahrhundert innerhalb nationalistisch-antisemitischer Kreise kursierendes Gedankengut aufgegriffen und zu einem rigiden Weltbild geformt. Der im Parteinamen hergestellte Bezug zur Arbeiterbewegung fand im Rahmen des 25-Punkte-Programms seine Entsprechung in einer Reihe antikapitalistischer Forderungen, deren zentrale „Brechung der Zinsknechtschaft“ lautete. Der hierin zum Ausdruck gebrachte Hass auf das „Finanzjudentum“, der dem antisemitischen Klischee vom raffgierigen jüdischen Geldverleiher entsprang, blieb eine wesentliche Antriebskraft der Nazi-Politik, ansonsten verlor jener Flügel der NSDAP, der die Floskel vom „nationalen Sozialismus“ ernst nahm, im Laufe der 1920er Jahre immer mehr an Einfluss. Diese Entwicklung war eine entscheidende Voraussetzung für den Aufstieg der NSDAP, denn nur weil die Parteispitze glaubhaft versicherte, keine substantiellen Veränderungen der herrschenden Eigentumsverhältnisse anzustreben, konnte sie die Unterstützung erheblicher Teile des Bürgertums gewinnen. Als pseudowissenschaftliche Grundlage diente den NS-Ideologen der Sozialdarwi-

von 37,3 Prozent gar als eindeutige Wahlsiegerin hervor. Bei der nächsten Reichstagswahl am 6. November 1932 erlitt sie zwar Verluste in Höhe von mehr als 4 Prozent, entsandte aber weiterhin die mit Abstand meisten Parlamentarier in den Reichstag.

Ihre Mitglieder und Wählerschaft rekrutierte die NSDAP aus allen gesellschaftlichen Schichten. So zählten Großindustrielle wie Fritz Thyssen (1873-1951), deren Spenden die mit hohem Propagandaaufwand betriebenen Wahlkämpfe der Nazi-Partei zu finanzieren halfen, ebenso zu ihrer Anhängerschaft wie Landwirte und Angehörige des proletarischen Milieus. Den Kern ihrer sozialen Basis bildete allerdings der protestantische und somit nicht dem Zentrum verbundene Teil des Mittelstandes, der einen radikalen politischen Einschnitt angesichts der Weltwirtschaftskrise als notwendig erachtete, noch mehr als die bestehenden Verhältnisse aber kommunistisches Gedankengut strikt ablehnte. Dass Hitler weit mehr als eine bloße Regierungsbeteiligung anstrebte, erwies sich bei der Reichspräsidentenwahl 1932. So trat der Nazi-„Führer“ in beiden Wahlgängen gegen Hindenburg an. Letztlich setzte sich der erzkonservative Amtsinhaber am 10. April 1932 durch, doch entfielen auf Hitler immerhin knapp 37 Prozent der Stimmen.

Präsidiakabinette und Machtübergabe an die NSDAP

An die Stelle parlamentarisch legitimierter Regierungsbündnisse traten nach dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition Präsidiakabinette, die einzig und allein auf der Autorität des Reichspräsidenten fußten. Fortan betraute Hindenburg solche Persönlichkeiten mit der Ausübung der Regierungsverantwortung, von denen er und sein die Interessen traditioneller gesellschaftlicher Eliten aus den Bereichen der Landwirtschaft, der Industrie und des Militärs vertretendes Beraterumfeld sich eine strikt konservative Regierungspolitik erhofften. Im Einzelnen setzte Hindenburg bis Ende 1932 als Regierungschefs die dem politischen Katholizismus entstammenden Politiker Heinrich Brüning (1885-1970) und Franz von Papen (1879-1969) sowie den Generalleut-

nant Kurt von Schleicher (1882-1934) ein. Einen gewissen Handlungsspielraum verschaffte er ihnen unter Rückgriff auf Artikel 48 der Reichsverfassung, der es dem Staatsoberhaupt erlaubte, bei einer nicht näher festgelegten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Notverordnungen zu erlassen. Lehnte nun der Reichstag eine Gesetzesinitiative des jeweiligen Präsidiakabinetts ab, vermochte Hindenburg sie per Notverordnung doch durchzusetzen. Machte das Parlament daraufhin von seinem Recht der Gesetzesaufhebung Gebrauch, konnte es seitens des Reichspräsidenten aufgelöst werden. Das umkämpfte Gesetz blieb dann so lange in Kraft, bis ein binnen 60 Tagen neu zu wählender Reichstag zusammengetreten war. Durch die Regierungsform der Präsidiakabinette erfuhr das parlamentarisch-demokratische Fundament der Weimarer Republik eine schleichende Aushöhlung. Mit abnehmender gesellschaftlicher Verankerung trieben die Präsidiakabinette den Abbau der Demokratie Weimarer Prägung immer offensiver voran. So scheute Papen, der anders als sein Vorgänger Brüning weder das Zentrum hinter sich wusste noch auf eine Duldung seitens der SPD-Reichstagsfraktion zählen konnte, im Sommer 1932 nicht vor der staatsstreichartigen Absetzung der preußischen Landesregierung zurück. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler setzte die Praxis der durch den Reichspräsidenten ermächtigten Präsidiakabinette fort. Hindenburg hatte sich lange gesträubt, die politische Macht an den von ihm als primitiven Emporkömmling betrachteten Nazi-„Führer“ zu übertragen. Während der Kanzlerschaft Schleichers drängten jedoch dessen Amtsvorgänger Papen und andere Angehörige des präsidentialen Beraterstabes Hindenburg zu einem diesbezüglichen Umdenken, da sie in einem Arrangement mit der NSDAP die einzige Möglichkeit erblickten, eine Massenbasis für ihre Pläne einer autoritären Wende zu gewinnen. Die Weichen für die Machtübergabe an die NSDAP wurden im Zuge eines am 4. Januar 1933 in der Villa des Kölner Bankiers Kurt von Schröder (1889-1966) abgehaltenen Geheimtreffens gestellt, bei dem Papen und Hitler sich auf die Bildung einer von der NS-Leitfigur geführten Regierung einigten. Am 30. Januar 1933 gegen 11 Uhr ernannte der greise Reichspräsident Hitler zum Regierungschef. Papen, der

Das bringt uns notwendigerweise zu dem unumstößlichen Fakt, den die VertreterInnen der Gleichheit und Diversität geflissentlich nicht erwähnen: wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft, die ganz natürlich auf Ungleichheit aufgebaut und abhängig ist. Ökonomische Gleichheit ist offenbar nicht relevant und wird nicht in Frage gestellt. Klasse wird ignoriert, während alle dazu ermutigt werden die Interessen ihrer eigenen Gruppe zu vertreten, sei es der ethnische Zugehörigkeit, der sexuelle Orientierung oder was auch immer. Camarons Angriff auf den Multikulturalismus muss als ein zynischer Versuch verstanden werden, die Unterstützung der rassistischen Rechten zurückzugewinnen um dadurch die Kürzungen und das von der Tory Regierung angerichtete ökonomische Chaos zu stärken. Es ist das alte „Teile und Herrsche“ das ausgespielt wird, das auch in der Vergangenheit funktionierte und das nun aufgrund der multikulturalistischen Besessenheit der Liberalen und Linken erneut funktioniert. New Labour hatte versucht eine neue Art „britischer Identität“ zu etablieren; die Tories versuchen nun ihre eigene, chauvinistische Version davon. Dabei ignorieren sie, dass wir schon immer verschiedene Kulturen in diesem Land beherbergten. Die aristokratische und die Mittelklasse präferieren verschiedene Lösungswege und die wiederum unterschieden sich gänzlich von den Erfahrungen der Arbeiterklasse. Kulturen entwickeln und verändern sich unter dem Druck verschiedener Einflüsse. Die multikulturelle Gesellschaft ist eine willkommene Wirklichkeit; Multikulturalismus dagegen ist eine abstrakte Idee, die nicht funktioniert, da sie die politische und soziale Wirklichkeit ignoriert.

Diversität bedeutet einerseits die Wahrnehmung unserer Verschiedenheit, zugleich aber auch der Gemeinsamkeiten. Wir dürfen die Vorstellungen des Staates von Diversität, der Bastardisierung von Gleichheit und das erneute Verhandeln um die Idee einer britischen Identität nicht übernehmen. Die Arbeiterklasse, unabhängig des kulturellen Hintergrunds, teilt die gleichen Probleme genauso wie die Diskriminierung entlang der Grenzen von Ethnizität, Geschlecht, Behinderung und sexueller Orientierung.

■

|| SolFed¹

Besetzung der New Cross Bibliothek

Am 5. Februar um 17 Uhr besetzte eine Gruppe von rund 30-50 Personen, unter ihnen Mitglieder der SolFed und weitere AnarchistInnen, die New Cross Bibliothek in Lewisham. Dies war ursprünglich Teil eines nationalen „Read-Inns“, der zur Unterstützung von Bibliotheken gedacht war, die geschlossen werden sollen. Es entwickelte sich allerdings zur Besetzung, da die AktivistInnen sich entschlossen zu bleiben.

Als einzige Besetzung von insgesamt 450 „Read-Inns“, erhielt die New Cross Bibliothek eine gute Presse. Das war mehr oder weniger das Ziel: Öffentlichkeit zu erzeugen und dabei noch die „Anti-Cuts“ Kampagne zu stärken. James Holland, ein optimistischer Aktivist, drückte es mit den folgenden Worten aus: „mit dieser Besetzung erhält die Bibliotheken Kampagne – und die Anti-Cuts Kampagne – eine neue Qualität“. Die Besetzung war nur ein schwaches Zeichen; sie dauerte bis ungefähr 24 Uhr am darauf folgenden Tag. Zwischen uns, der Polizei und der Security gab es ein Pattsituation. Sie konnten die Leute nicht daran hindern die Bibliothek zu besuchen. Die meisten Menschen kamen rein, brachten Essen, unterhielten sich, lasen oder spielten Gesellschaftsspiele. Wir schufen einen wundervollen Raum und zeigten damit die Notwendigkeit für einen solchen Ort, besonders für die Anti-Cuts Kampagne, eindringlich auf. ■

Mehr Informationen, siehe: new-cross-library-occupied-by-anti-cuts-campaigners1

[1] Quelle: internationalworkersassociation.blogspot.com

Anarchismus in Skandinavien

- ein Überblick



Vorbemerkung: „Skandinavien“ ist ein nicht klar bestimmter Begriff, der sowohl geographisch als auch Teil kulturell verschiedenlich definiert wird. In diesem Artikel bezeichnet er die oft als „nordischen Länder“ zusammengefassten Staaten Europas, also Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island.

Im 19. Jahrhundert gab es im skandinavischen Raum einige Literaten und Künstler, die antiautoritäre Anschauungen propagierten. Beispiele sind der Norweger Marcus Thrane, der um 1850 die von Pierre-Joseph Proudhon beeinflusste Thrane-Bewegung, die erste norwegische Arbeiterbewegung, gründete, sein Landsmann Hans Jæger, der prominenteste Vertreter der Kristiania Bohème, die in den 1880er Jahren für sexuelle Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter eintrat, sowie

der Däne Jean Jacques Ipsen, der sich an Max Stirner orientierte. Die erste explizit anarchistische Gruppe bildete sich 1877 um die anarchokommunistische norwegische Zeitschrift Fedraheimen, die bis 1891 bestand.

Für die Geschichte des organisierten Arbeiteranarchismus des 20. Jahrhunderts waren jedoch Entwicklungen in Schweden entscheidend. Dort spaltete sich 1908 der radikale Flügel der Jungsozialisten von der Sozialdemokratischen Partei ab. Diese Gruppe, deren prominentester Vertreter Hinke Bergegren war, gründete daraufhin die Jungsozialistische Partei, die außerparlamentarisch wirksam und stark anarchistisch geprägt war. Unter dem Einfluss der Gruppe entwickelte sich auch die 1898 gegründete Zeitschrift Brand zu einer immer deutlicher anarchistischen Zeitschrift. Brand erscheint heute viermal pro Jahr und ist eine der ältesten anarchistischen Zeitschriften der Welt.

1910 gründete sich in Schweden die vorwiegend anarchosyndikalistisch geprägte SAC, die „Zentralorganisation schwedischer ArbeiterInnen“ (Sveriges Arbeters Centralorganisation). Zur Gründung der SAC kam es vor allem aufgrund der Enttäuschung vieler ArbeiterInnen mit der zurückhaltenden Vorgangsweise des schwedischen Gewerkschaftsbundes (Landsorganisationen, LO) während des schwedischen Generalstreiks 1908.

zu 5 Jahren Festungshaft in Landsberg verurteilt, von denen er gerade einmal 9 Monate verbüßen musste. Überhaupt ging die Justiz der Weimarer Republik auf Grund der Sympathien, die viele Richter nationalistischen Positionen entgegenbrachten, relativ nachsichtig mit rechten Straftätern um.

Konsolidierungsphase der Weimarer Republik

Als Folge des seitens der kaiserlichen Regierung auf Pump geführten Weltkrieges und der staatlichen Schuldenaufnahme zur Leistung der Reparationszahlungen stürzte eine Hyperinflation die junge Republik in wirtschaftliches Chaos. Eine im Herbst 1923 eingeleitete Währungsreform sowie ausländische Kredite und Investitionen, die insbesondere aus den USA nach Deutschland zu strömen begannen, ebneten den Weg für einen mehrjährigen Wirtschaftsaufschwung. Die ökonomische ging mit einer politischen Konsolidierung einher. So übernahm in wechselnden Konstellationen ein „Bürgerblock“, dem u. a. das katholische Zentrum und die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) angehörten, die Regierungsgeschäfte, während die NSDAP sich noch bei der am 20. Mai 1928 abgehaltenen Reichstagswahl mit einem Ergebnis von 2,8 Prozent begnügen musste. Die Wahl des erklärten Monarchisten Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten im April 1925 machte dennoch deutlich, dass die demokratischeskeptischen bzw. -feindlichen Kräfte des rechten Lagers weiterhin über ein großes Mobilisierungspotenzial verfügten.

Die NSDAP als Profiteurin der Weltwirtschaftskrise

Ende der 1920er Jahre geriet das Deutsche Reich in den Sog einer in den USA ihren Anfang nehmenden Weltwirtschaftskrise. Der Abzug der US-Kredite löste einen Rückgang der reichsweiten Industrieproduktion um zirka 40 Prozent aus. Bis Anfang 1933 verfünffachte sich zudem die Zahl der Erwerbslosen auf über 6 Millionen. Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung belastete den öffentlichen Haushalt immer stärker. Über die Frage der in dieser Situation zu ergreifenden sozialpolitischen Maßnahmen zerbrach im März 1930 die auf Reichsebene regierende Große Koalition: Während die mit Hermann Müller (1876-1931) den Reichskanzler stellende SPD auf eine Erhöhung des Beitragsatzes um 0,5 Prozent drängte, forderte die DVP als Interessenvertretung der Arbeitgeberseite eine Kürzung der Sozialleistungen. Der Rücktritt des Kabinetts Müller markierte insofern einen Wendepunkt in der Geschichte der Weimarer Republik, als mit ihr die letzte Reichsregierung auseinanderfiel, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Die gravierendste Veränderung, die sich aus der konjunkturellen Talfahrt für die Parteienlandschaft des Deutschen Reiches ergab, war der Aufstieg der NSDAP zu einer Massenpartei. So erzielte die extrem rechte Partei bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 einen Stimmenanteil von 18,3 Prozent. Aus dem am 31. Juli 1932 abgehaltenen Urnengang ging die NSDAP mit einem Resultat



SAC (Schweden)



SAC (Schweden)

nung sowie zweier Putschversuche entlud. Einer davon ging auf das Konto einer jungen Partei, die zum Inbegriff des deutschen Faschismus werden sollte.

NSDAP-Gründung und Putschversuch in München

Als Zentrum der extremen Rechten kristallisierte sich nach dem 1. Weltkrieg München heraus. Eine der sich in der bayerischen Landeshauptstadt tummelnden Parteien und Organisationen war die Anfang 1919 aus der Taufe gehobene Deutsche Arbeiterpartei (DAP), die sich am 24. Februar 1920 in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) umbenannte. Zumindest innerhalb Bayerns bescherte der NSDAP die rednerische Begabung ihres parteiintern seit Mitte 1921 mit uneingeschränkten Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden Adolf Hitler (1889-1945), eines gebürtigen Österreichers, der im 1. Weltkrieg als Gefreiter auf Seiten des Deutschen Reiches gekämpft hatte, wachsende Aufmerksamkeit. An Wahlen beteiligte sich die durch einen aggressiven Antisemitismus gekennzeichnete NSDAP zunächst nicht. Stattdessen wollte sie das von ihr als „Judenrepublik“ titulierte parlamentarisch-demokratische System im Zuge eines gewaltsamen Umsturzes beseitigt wissen. Mit der Sturmabteilung (SA) legte sich die NSDAP einen paramilitärischen Verband zu. Die SA gehörte wiederum dem Deutschen Kampfbund an, des-

sen Leitfiguren Hitler und der ehemalige Weltkriegsgeneral Ludendorff waren.

Der Deutsche Kampfbund drohte aber im Herbst 1923 ins Hintertreffen zu geraten, als die bayerische Landesregierung den erklärten Republikfeind Gustav von Kahr (1862-1934) zum Generalstaatskommissar berief. Anlässlich einer Rede Kahrs am 8. November 1923 im Münchener Bürgerbräukeller ergriff Hitler daher die Initiative, ließ den Veranstaltungsort von SA-Mitgliedern abriegeln und verkündete den Ausbruch der „nationalen Revolution“. Dem „Marsch auf Rom“ der faschistischen Bewegung Italiens nacheifernd, brachen Hitler und Ludendorff am Morgen des 9. November 1923 an der Spitze eines Demonstrationszuges des Deutschen Kampfbundes zu einem „Marsch auf Berlin“ auf. Der dilettantisch vorbereitete Umsturzversuch wurde jedoch schon an der Feldherrenhalle von Polizeikräften gestoppt. Während des anschließenden Schusswechsels starben auf beiden Seiten insgesamt fast 20 Personen.

Der Hitler-Ludendorff-Putsch führte zum vorübergehenden Verbot der NSDAP. Hitler wurde



Bundesarchiv, Bild 146-1971-090-08
Foto: Graudenz, John | 1923

Die SAC orientierte sich am Syndikalismus der damaligen Confédération Générale du Travail (CGT) und der Industrial Workers of the World (IWW). Letztere hatten eines ihrer legendärsten Mitglieder in dem aus Schweden stammenden Joe Hill (geb. Joel Emmanuel Hägglund), der nach einem höchst zweifelhaften Mordverfahren 1915 in Utah hingerichtet wurde. Die SAC war – trotz ihres irreführenden Namens – immer stark föderalistisch geprägt. Der deutsche Anarchist Augustin Souchy, der während des Ersten Weltkriegs ins schwedische Exil flüchtete, war lange in der SAC engagiert. In den 1920er Jahren zählte die Organisation beinahe 40.000 Mitglieder und wurde zu einem nicht zu ignorierenden Faktor im politischen Leben des Landes. In den 1950er Jahren, als der deutsche Syndikalist Helmut Rüdiger zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten innerhalb der SAC aufstieg, kam es zum Bruch mit der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), die der SAC einen zunehmend reformistischen Kurs vorwarf. Die Beziehungen zwischen der IAA und der SAC sind bis heute gespannt, auch wenn einzelne IAA-Mitgliederorganisationen mittlerweile wieder Verbindungen zur SAC pflegen.

Obwohl die Mitgliederzahl der SAC heute auf knapp 6.500 gesunken ist, bleibt die Organisation eine reale Kraft in den Arbeitskämpfen des Landes. Das Prinzip der direkten Aktion wird nach wie vor konsequent verfolgt, was SAC-AktivistInnen oft den Vorwurf von „Mafiamethoden“ seitens der Arbeitgeber einbringt, wie auch zuletzt anlässlich der lang anhaltenden Blockaden des Nobellokals Berns in der Stockholmer Innenstadt. In

diesem Konflikt kämpft die SAC für die Rechte undokumentierter ArbeiterInnen, die von Berns, wie von vielen anderen schwedischen Betrieben, regelmäßig ausgebeutet werden. Die Organisierung undokumentierter ArbeiterInnen ist gegenwärtig eines der Hauptarbeitsgebiete der SAC. SAC-Mitglieder sind auch immer wieder Ziele rechter Gewalt. 1999 wurde Björn Söderberg ermordet, nachdem er sich am Arbeitsplatz gegen die Wahl eines organisierten Rechtsextremen in den Betriebsrat engagiert hatte. 2008 kam es zu einem Brandanschlag auf eine dreiköpfige SAC-Familie, die sich nur durch Glück über den Balkon ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung retten konnte.

Innerhalb der gegenwärtigen anarchistischen Szene in Schweden, und in Skandinavien im Allgemeinen, wird die SAC von einigen als Repräsentant der einzig wahren anarchistischen Tradition der Region gesehen und von anderen als bürokratisches Fossil abgelehnt. 2010 verdeutlichten sich diese unterschiedlichen Perspektiven im Konflikt um die seit 1922 von der SAC herausgegebenen Zeitschrift Arbetaren, die seit einiger Zeit wieder einem streng syndikalistischen Kurs folgt. Dies verbitterte viele, auch frühere MitarbeiterInnen, die Arbetaren als breites linkes Publikationsorgan sehen wollen. Letzten Endes veranschaulicht der Konflikt die anhaltenden Spannungen zwischen einem klassen- und arbeitskampforientierten Anarchismus und breiteren kulturellen Auslegungen anarchistischer Politik und Aktivität. In keinem anderen der skandinavischen Länder konnte die syndikalistische Tradition in gleichem Maße Fuß fassen wie in Schweden. Zwar beherbergte der Norwegische Syndikalistische



Anarchistische Buchmesse Stockholm (Schweden)



Anarchistische Buchmesse Stockholm (Schweden)

Verbund (Norsk Syndikalistisk Forbund), eine Nachfolgeorganisation der 1916 gegründeten Norwegischen Syndikalistischen Föderation (Norsk Syndikalistisk Føderasjon, NSF), von 2001 bis 2007 das Sekretariat der IAA, doch ist der Einfluss der Organisation auf das politische Leben in Norwegen vergleichsweise gering. Ähnliches gilt für die meist kurzlebigen anarchosyndikalistischen Organisationen, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in Dänemark und Finnland bildeten. In Island ist von einer anarcho-syndikalistischen Tradition kaum zu sprechen. Auch dem Aufbau breiterer anarchistischer Organisationen und Föderationen in Skandinavien war wenig Erfolg beschieden. Die meisten Ansätze konnten sich nicht entfalten und waren von kurzer Dauer. Gegenwärtig versuchen die Gruppe Motmakt in Norwegen und die Libertären SozialistInnen Dänemarks (Libertære Socialister), anarcho-kommunistische Organisationsstrukturen zu etablieren.

Im Allgemeinen sind die gegenwärtigen anarchistischen Szenen Skandinaviens stark subkulturell geprägt. Die meisten haben ihren Ursprung in den Protestbewegungen der 1960er Jahre, die sich in den darauf folgenden Jahrzehnten vor allem in Kommunenprojekten und Hausbesetzungen manifestierten. Christiania in Kopenhagen ist hier das bei weitem bekannteste Beispiel, doch reichen entsprechende Ansätze bis zum Viertel Svartlamon im nordnorwegischen Trondheim. Weltweite Schlagzeilen machte 2007 der Kampf um Kopenhagens Ungdomshuset. Der bekannteste individuelle Vertreter des sich in den 1960ern etablierenden "neuen" Anarchismus war der norwegische Autor Jens Bjørneboe, dessen Aufsätze "Anarchismus als Zukunft" (1969) und "Anar-

chismus ... heute?" (1971) auch über die Grenzen des anarchistischen Milieus hinaus LeserInnen fanden. Bjørneboe vertrat jedoch einen stark individualistisch, manche sagen auch nihilistisch, geprägten Anarchismus. Als beständigste Zeitschrift der zu jener Zeit gegründeten Publikationsprojekte behauptete sich Norwegens Gateavisa, das seit 1970 erscheint. Das Etikett "anarchistisch" wird meist sehr vage verwendet und reicht von jugendlichen Punks über radikale TierbefreierInnen bis zu Open-Software-AktivistInnen. Eine gemeinsame Identität ist oft schwer auszumachen und oft fehlt es an Kontakten und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen anarchistischen Gruppen.

Besondere Entwicklungen gab es in den letzten Jahren in Finnland und Island, beides Länder ohne starke anarchistische Traditionen. In Finnland entwickelte sich vor allem in Tampere, einer traditionell linken Hochburg, eine radikalökologische, zum Teil auch primitivistisch orientierte Bewegung, welche die anarchistische Szene des Landes gegenwärtig am stärksten prägt. Im traditionell alternativen Stadtteil Pispala gibt es mehrere anarchistische Kommunen, und jährlich wird dort das Musta-Pispala-Festival organisiert. Die Zeitschrift Takku – auch ein Webportal – ist das wichtigste Publikationsorgan der AktivistInnen der Stadt.

In Island war die 2004 gestartete ökologische Kampagne Saving Iceland stark von anarchistischen Ideen beeinflusst. Es entwickelte sich eine antiautoritäre und basisdemokratische Protestkultur, die besondere Bedeutung erhielt, als Island im Jahr 2008 stark von der weltweiten Finanzkrise betroffen war und es zu heftigen Protesten

glieder nicht den traditionellen wilhelminischen Eliten entstammten. Hierdurch leistete die OHL der Entstehung der so genannten Dolchstoßlegende Vorschub. So konnten demokratiefeindliche Kräfte nach Kriegsende behaupten, die deutsche Armee sei einem heimtückischen Angriff innerer Feinde zum Opfer gefallen, was sich als Bürde für die Weimarer Republik erweisen sollte.

Novemberrevolution und Gründungsphase der Weimarer Republik

Da es der kaiserlichen Obrigkeit während des Krieges misslang, die Bevölkerung für die ihr abverlangten Belastungen in Form einer stabilen Mindestversorgung zu entschädigen, wuchs an der „Heimatfront“ die allgemeine Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen. Der Unmut brach sich in immer massiveren Streiks und Unruhen Bahn. Letzter Anstoß des Umsturzes war die Weigerung von Schiffsbesatzungen der deutschen Hochseeflotte, zu einem Himmelfahrtskommando auszulaufen. Im Anschluss an den Matrosenaufstand von Wilhelmshaven und Kiel wurden vielerorts politische Selbstverwaltungsorgane in Form von Arbeiter- und Soldatenräten gebildet.

Am 7. November 1918 erreichte die Revolution mit Ausrufung des republikanischen „Freistaats Bayern“ München, 2 Tage später erfasste sie Berlin. Unter dem öffentlichen Druck erklärte Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden (1867-1929) eigenmächtig die Abdankung Wilhelms II. und übergab sein Amt an Friedrich Ebert (1871-1925), den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Die staatliche und gesellschaftliche Neuausrichtung des Deutschen Reiches machten 3 konkurrierende politische Kräfte unter sich aus. VertreterInnen eines gemäßigt-demokratischen Kurses, zu denen etwa die SPD-Spitze zählte, favorisierten eine parlamentarische Lösung der Machtfrage bei weitgehender Beibehaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse. Das sozialrevolutionäre Spektrum, dem u. a. der linke Flügel der von der SPD abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) sowie die Anfang 1919 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands

(KPD) angehörten, strebte hingegen die Verwirklichung eines sozialistischen Rätmodells an. Ein solches Szenario wiederum galt es aus Sicht der wilhelminischen Eliten zu verhindern, die sich um die Bewahrung möglichst vieler Elemente der untergegangenen Ordnung bemüht zeigten.

Die VerfechterInnen des Aufbaus einer repräsentativen Demokratie setzten sich schließlich durch, mussten hierzu aber erhebliche Zugeständnisse an das konservative, überwiegend demokratiekritisch oder gar feindlich eingestellte Lager in Kauf nehmen.

So verzichteten sie z. B. auf ein Mitspracherecht bei der inneren Entwicklung des Apparat, um militärischen Beistand in den erbittert geführten Kämpfen gegen linksradikale Gruppen zu erhalten. Besonders problematisch war die Inanspruchnahme mit äußerster Brutalität vorgehender Freiwilligenverbände, bei deren insgesamt zirka 400.000 Mitgliedern es sich zumeist um ehemalige Frontsoldaten antidemokratischer Gesinnung handelte.

Auf Grund der zeitweilig in Berlin herrschenden bürgerkriegsartigen Zustände wichen die am 19. Januar 1919 in die Nationalversammlung gewählten Parlamentarier nach Weimar aus. Die wenig später verabschiedete Verfassung der Weimarer Republik übertrug weitreichende machtpolitische Befugnisse dem Reichstag sowie dem Reichspräsidenten. Letzterer fungierte nicht nur als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, sondern wurde auch mit der Aufgabe betraut, im Fall einer akuten Krisensituation die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten. Als schwere Hypothek für die Weimarer Republik erwiesen sich die ihr im Rahmen des Versailler Vertrages seitens der Siegermächte des 1. Weltkrieges auferlegten Friedensbedingungen: Das Deutsche Reich büßte z. B. knapp ein Siebtel seines Territoriums ein, hatte hohe Reparationszahlungen zu entrichten und wurde auf militärischer Ebene starken Beschränkungen unterworfen. Die allgemeine Akzeptanz der Weimarer Republik litt enorm unter der „Schmach von Versailles“. Besonders ausgeprägt war die Ablehnung innerhalb extrem rechter Kreise, deren tiefe Republikfeindschaft sich in Form mehrerer Mordanschläge auf Repräsentanten der neuen Staats- und Gesellschaftsord-



Was ist Faschismus? #2.1

Die Geschichte und Ideologie des Dritten Reiches

Entstehung, Aufstieg, Machtetablierung und ideologische Grundlagen der Nazi-Bewegung

Historische Ausgangssituation Kaiserreich und 1. Weltkrieg

Erst auf der Woge patriotischer Begeisterung, die der siegreiche Verlauf des Deutsch-Französischen Krieges auslöste, kam es 1871 zur Gründung eines deutschen Nationalstaates. Die Verfassung des Deutschen Reiches zementierte die Vormachtstellung Preußens innerhalb Deutschlands und verlieh den Fürstenthümern enorme Machtfülle. An die Staatsspitze trat der zum Deutschen Kaiser ausgerufene preußische König Wilhelm I. (1797-1888). Die politischen Fäden jedoch hielt Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898) in der Hand. Auf dem Feld der Innenpolitik prägten 2 Dauerkonflikte die fast 20 Jahre währende Amtszeit Bismarcks, und zwar die Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung sowie der katholischen Kirche. Beide Male bemühte sich die Staatsführung vergeblich, der gegnerischen Partei durch Zwang und Unterdrückung, im Fall der Arbeiterbewegung gepaart mit sozialreformerischen Befriedungssignalen, die Massenbasis zu entziehen. Auf diplomatischer Ebene verfolgte die Reichsleitung während der Kanzlerschaft Bismarcks eine komplexe Gleichgewichtspolitik, die darauf abzielte, die Bildung eines gegen das Deutsche Reich gerichteten Bündnisses des „Erzfeindes“ Frankreichs mit zumindest einer weiteren europäischen Großmacht zu unterbinden. Mit der Thronbesteigung Wilhelms II. (1859-1941) 1888 begann eine durch die Gleichzeitigkeit fortschrittlicher und modernitätsfeindlicher Tendenzen gekennzeichnete historische Ära. Das Moment der Dynamik und Erneue-

erung beschränkte sich hierbei weitgehend auf technologische Entwicklungsschübe, die deutschen Unternehmen in Wirtschaftszweigen wie dem Maschinenbau und der chemischen Industrie zu führenden Positionen auf dem Weltmarkt verhelfen. Ansonsten sorgte das strikte Beharren der wilhelminischen Eliten auf den sozialen und politischen Machtverhältnissen für innergesellschaftlichen Stillstand. Auf dem Gebiet der Außenpolitik geriet das Kaiserreich während der Regentschaft Wilhelms II. in zunehmende Isolation. So machte die Reichsleitung einen Weltmachtanspruch geltend, den sie u. a. im Zuge des Erwerbs kolonialer Territorien zu verwirklichen gedachte. Durch seinen aggressiven diplomatischen Kurs und die enge Anbindung an die ihrerseits auf dem Balkan in ständige Konflikte verwickelte Donaunarchie Österreich-Ungarn steuerte das Deutsche Reich auf eine militärische Konfrontation mit den „Entente“-Mächten Frankreich, Großbritannien und Russland zu. Die Eskalation erfolgte im Sommer 1914 mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges.

Der hohe Technisierungsgrad des Kriegsmaterials sowie der Einsatz chemischer Vernichtungswaffen ließen die Gefechte in ein mehr als 4 Jahre andauerndes industrialisiertes Massentöten bis dahin unbekanntem Ausmaß ausarten. Ende September 1918 erkannte die Oberste Heeresleitung (OHL) in Gestalt von Paul von Hindenburg (1847-1934) und Erich Ludendorff (1865-1937) die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage. Die Verantwortung für ihr militärisches Scheitern wälzte die Generalität auf eine zivile Verhandlungsdelegation ab, deren Mit-

gegen die Regierung kam. AnarchistInnen spielten in diesen eine wesentliche Rolle und mehrere AnarchistInnen waren unter den neun Angeklagten, die sich in einem langen Gerichtsprozess für die Störung einer Parlamentssitzung im Dezember 2008 verantworten mussten und mit Haftstrafen von bis zu sechzehn Jahren bedroht waren. Erst im Februar 2011 wurden die Hauptanklagepunkte fallengelassen. Gegen vier der Angeklagten wurden mehrmonatige Haftstrafen auf Bewährung sowie Geldbußen verhängt.

Ironisch ist in vielerlei Hinsicht, dass sich angesichts der neoliberalen Entwicklungen, die auch vor sozialdemokratischen Parteien nicht Halt machen, die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates in den letzten Jahren zu einem Fokus anarchistischen Aktivismus in Skandinavien entwickelt hat. Wie sich dieser Widerspruch in Zukunft auflösen wird, wird sich zeigen.

Es wäre vermessen zu behaupten, dass die skandinavischen Länder eine Hochburg anarchistischer Aktivität sind. Gleichzeitig gibt es mit der SAC eine der traditionsreichsten Organisationen anarchistischer Prägung in Europa und zudem in allen Ländern engagierte Gruppen und Projekte. Die anarchistische Buchmesse in Stockholm 2010 hatte AusstellerInnen aus zahlreichen Ländern und über 1000 BesucherInnen. Dies ermutigt insofern, als es vor allem eine stärkere Vernetzung ist, die für die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven und gemeinsamer Stärke notwendig scheint. ■

|| Gabriel Kuhn

Webinfos

Anarchistische Buchmesse Stockholm:
anarchistbookfairsweden.se
Libertære Socialister (Dänemark): libsoc.dk
Motmakt (Norwegen): motmakt.no
Reykjavik Nine (Island): rvk9.org
SAC (Schweden): sac.se
Takku (Finnland): takku.net

Links Skandinavien:

Isländische AnarchistInnen
www.andspyrna.org
www.anarkistar.helvili.com

Portale:

reykjavikroots.noblogs.org
swartsokka.org

Dänische AnarchistInnen:

forum.anarcho.dk
– Strömungsübergreifendes Forum
anarkister.wordpress.com
– Revolutionäre Anarchos Kopenhagen,
www.blackcross.dk – ABC Kopenhagen

Schwedische AnarchistInnen:

anarkisterna.com
www.yelah.net
– Anarchistisches Newsportal seit 1994
www.tidningenbrand.se



Kurzer Abriss der demokratischen Geschichte Skandinaviens

In keinem der Länder Skandinaviens gab es neben dem König eine starke Adelschicht, die die Bauern unter ihre Herrschaft bringen konnte. Selbst die Träume von Gerd dem Großen, die in Mitteleuropa übliche bäuerliche Leibeigenschaft in Dänemark durchzusetzen, waren nur von kurzer Dauer und führten 1340 zu seiner Ermordung, nachdem sich die Bauern 1315 gegen seine Herrschaft erhoben hatten. Im Laufe der Geschichte zunächst des dänischen und später des schwedischen Großreiches gehörten deutschsprachige Gebiete einem dieser skandinavischen Königreiche an; lediglich in einigen dieser Gebieten gab es Leibeigene und eine vom Adel abhängige und dienstverpflichtete Klasse von Bauern. Hier wären beispielsweise Oldenburg in Niedersachsen (1600 bis 1790), Schleswig und Holstein (1187 bis 1863, bestätigt durch die Wahl des dänischen Königs zum Landesherren 1460) als Teile des dänischen Reiches zu nennen, aber auch Wismar (1648 bis 1911) sowie Vorpommern (1648 bis 1815) als deutschsprachige Gebiete des schwedischen Königreiches.

Bis ins 15. Jahrhundert hinein wurden Könige auf den Thingversammlungen aller freien Männer (des Adels und der Bauern) einer Region beziehungsweise eines Landesteiles gewählt; diese mußten später von anderen Thingversammlungen anderer Teile des Reiches anerkannt werden. Klaus Stortebecker war ursprünglich ein Anführer der Vitalienbrüder, die Albrecht von Mecklenburg, der von der Thingversammlung zu Stockholm zum schwedischen König gewählt wurde, gegen die dänische Königin Margarete unterstützte, die anerkannt war von Thingversammlungen in Dänemark und Norwegen; nach der Eroberung Stockholms durch die Truppen der dänischen Königin sowie der Anerkennung von Margarete als Königin von Schweden und Finnland durch alle schwedischen Thingversammlungen wurden sie alle Freibeuter und Likedeeler, welchen eine Rückkehr ins „bürgerliche Leben“ als Landesverräter nicht mehr möglich war. Unter Königin Margarete entstand ein Königreich, das Norwegen, Schweden, Dänemark, Schleswig, Hol-

stein, Mecklenburg, Island, Grönland, Farör, Orkney, die Shetlands sowie Rügen umfasste. Selbst die Schauenburger als Herren in Holstein sahen sich als Lehnnehmer des dänischen Königshauses und des Kaisers des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation gleichermassen.

Durch die Thingversammlung aller freien Männer gleicher Rechte und Pflichten – unabhängig davon, ob adeliger oder bäuerlicher Herkunft – war jedes Landesteil der Reiche in Skandinavien politisch selbständig und konnte – wie die Eroberung des ehemals slawischen Ostholstein durch Bauernreiterei und Söldner des Gothing (Großthing) Holsteins im 13. Jahrhundert oder der Kampf Dithmarschens gegen den dänischen König und den dänischen, schleswigischen und holsteinischen Adel im 15. Jahrhundert – eine eigenständige Politik entfallten. Es gab dörfliche, regionale sowie ein den gesamten Landesteil (z.B. Fyn, Holstein, Stormarn, Dalmarren oder Schonen) umfassendes Gothing (Großthing); in Friedenszeiten gab es lediglich einen Sprecher der Volksversammlung – nur für die Kriegszüge wurde ein Herzog – Heerführer – gewählt, der in einigen Fällen auch Sohn eines dänischen, norwegischen oder schwedischen Königs war.

Die Gerichtsbarkeit lag beim Thing: dörfliche Konflikte wurden auf dem Dorfthing, regionale Konflikte im Regionalthing einer der zahlreichen Landschaften eines Landesteiles und größere Konflikte meist politischer Natur auf dem Gothing gelöst. Eigentum an Grund und Boden war unbekannt; ursprünglich jeder Boden und später alle Gebiete außerhalb der Güter der Kirche sowie des Adels waren Kollektivbesitz der Dorf- und Regionalthingversammlungen, die einmal im Jahr den Boden an die Bauern verteilten. Deshalb gab es keine festen Flur- und Ortsbezeichnungen, sondern Namen wie „Hannestide“ oder „Vollkerstide“, später „Hennstede“ oder „Volkerstede“, da diese Weide ein Jahr lang an Hannes oder an Volker vergeben war. In Schleswig-Holstein, Norwegen und Dänemark wurde die Verpflichtung der

eigene Internationale von den Vertretern des autoritären und reformistischen Sozialismus deutlich abgrenzte. Insgesamt gab es fünf Kongresse der Antiautoritären Internationale. Auf dem Berliner Kongress von 1876 wurde sogar eine neue Strategie des Kampfes beschlossen: die „Propaganda der Tat“, mit welcher die unterdrückten Völker aus ihrer Lethargie herausgerissen und zur revolutionären Betätigung angestachelt werden sollten.

An dem letzten Kongress, der 1877 in Verviers stattfand, nahmen Delegierte der Föderationen von Italien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ägypten, des Schweizer Jura und des französischsprachigen Teils Belgiens teil. Nach dem Kongress von Verviers hörte die Antiautoritäre Internationale faktisch zu existieren auf; denn schon zum nächsten, für 1878 geplanten, Kongress in Belgien kam es nicht mehr. Das Ende bedingte vor allem der Niedergang der Jura-Bewegung (der letzte Kongress der Jura-Föderation fand 1880 statt). Das aber war beileibe keinesfalls auch das Verschwinden der anarchistischen Ideen. Die weltweite anarchistische Bewegung hatte – und hat weiterhin – ihre Höhepunkte, sie musste – und muss das auch heute noch – Niederlagen und Verfolgungen durchleiden. Aber sie stand und steht immer wieder auf!

Nicht von ungefähr beruft sich die auf dem internationalen anarchistischen Kongress vom 31. August bis 5. September 1968 in der italienischen Marmorstadt und anarchistischen „Hochburg“ Carrara gegründete „Internationale der Anarchistischen Föderationen (IAF bzw. IFA)“ in der Präambel ihrer Prinzipienklärung auf die 1872 in Saint Imier aufgestellten Prinzipien. Demzufolge kämpft die IAF / IFA für die Abschaffung aller wirtschaftlicher, politischer, sozialer, religiöser, kultureller oder sexueller Unterdrückung und für die Schaffung einer „freien Gesellschaft ohne Klassen, Staaten oder Grenzen, auf Grundlage des anarchistischen Föderalismus und der gegenseitigen Hilfe“. Und was geschieht heute in Saint Imier selbst?

Da steht an der Hauptstrasse das große Gebäude des 1984 als Kooperative gegründeten libertären Kulturzentrums „Espace Noir“, wo sich beispielsweise 1988 die von einer Massenarbeitslosigkeit betroffenen und rebellischen Uhrenarbeiter versammelten und über direkte Aktionen gegen die Firmenbosse ratschlagten. Das „Espace Noir“ ist eine auf anarchistischen Ideen beruhende selbstverwaltete Kooperative, die einer wirtschaftlich bedingten Abwanderung eine Bewegung für das soziale und kulturelle Überleben der Region entgegenzustellen versucht. Das Zentrum beherbergt einen Buchladen, eine Kneipe (in der Schweiz „Beiz“ genannt), einen großen Versammlungsraum, eine Galerie, ein Theater, einen Konzertsaal, Wohnräume und ein kleines Kino. „Espace Noir“ sieht sich in einer mehr als hundertjährigen lokalen anarchistischen Tradition: Bakunin hielt in Saint Imier Vorträge bei den Uhrenarbeitern, dort entstanden die „Federation Jurassienne“ und die „Antiautoritäre Internationale“. Kropotkin wurde durch die jurassischen Uhrenarbeiter zum Anarchisten. 1978 wurde die „Federation libertaire des Montagnes“ gegründet, die sich auf die erste anarchistische Arbeiterorganisation der Geschichte beruft und antiautoritäre Selbstverwaltung, Klassenkampf und „Bildung von Gegenmacht“ propagiert, um Menschen zu ermutigen, ihren Alltag selbst zu gestalten. „Espace Noir“ versteht sich als ein Ort der Solidarität und des sozialen Handelns und bietet den verschiedenen anarchistischen Richtungen ein Forum. Allein schon deswegen wäre es zu begrüßen, wenn die IAF / IFA ihren nächsten Kongress in St. Imier abhielte. ■

|| Johannes K. F. Schmidt

verhinderte er mit der Einberufung des Kongresses der Internationale nach Den Haag im Jahre 1872, dass Bakunin an diesem teilnehmen konnte: Jedermann, auch Marx, wusste, dass ihm eine Anreise aus der Schweiz aufgrund schwerer Erkrankung nicht möglich war. Zudem wurde er in Frankreich und auch in Deutschland steckbrieflich gesucht. Auch das wusste Marx. Die Beschlüsse für den Ausschluss der Antiautoritären wurden allerdings nach dem Haager Kongress von allen Landesföderationen auf ihren jeweiligen Kongressen für null und nichtig erklärt, weil die Mehrheit der Kongressteilnehmer keine Sektionen repräsentierte und somit die Entscheidungen nicht dem Willen der Mehrheit der Mitglieder der IAA entsprachen. Einzelne Föderationen, darunter die spanische, italienische und russische, legten – erfolglos – scharfen Protest gegen den Ausschluss ein. Als Konsequenz kam es dann am 15. und 16. September 1872, also zwei Wochen nach dem Haager Kongress, in Saint Imier zu einem Kongress der Jura-Föderation, der nochmals die Ausschlüsse in aller Schärfe verurteilte und sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklärte. Marx und Engels, die auf diesem Kongress laut Bakunins Kampfgefährten James Guillaume (der eine kleine, schlechtgehende Druckerei betrieb) ebenfalls anwesend waren, um ihre Verleumdungen weiter zu betreiben, drangen nicht durch.

Tagungsort war ein Hotel, das später in Hotel Central umbenannt wurde (vor ein paar Jahren wurde das arg ramponierte Gebäude saniert). Dort kam es zur Gründung der „Antiautoritären Internationale“, der sich die Landesföderationen von Belgien, England, Holland, Italien, Holland, Spanien und den USA anschlossen. Damit kam es zur von der Marx/Engels-Fraktion verursachten Spaltung der Ersten Internationalen, die sich 1876 formell auflöste, nachdem sie und ihr Generalrat keinerlei Bedeutung mehr besaßen. Die Antiautoritäre Internationale sollte alle Sektionen und Mitglieder vereinen, die sich für eine verstärkte föderale Organisation der Internationale einsetzten und die Zerstörung aller Herrschaftsstrukturen (wozu auch der Generalrat zu zählen war) und damit die Aufrichtung der anarchistischen Gesellschaft zum Ziel hatten, die zu erreichen der revo-

lutionäre Streik als Mittel dienen soll. Der erste deutsche Delegierte der Antiautoritären Internationale war 1874 übrigens der Anarchist und spätere Niederwald-Attentäter August Reinsdorf. Inhaltlich orientierte sich die Antiautoritäre Internationale vor allem an den im Jahr 1871 formulierten Prinzipien der Jura-Föderation, denen zufolge die Internationale der „Embryo der künftigen menschlichen Gesellschaft“ und „schon heute das Abbild unserer Prinzipien von Freiheit und Vereinigung sein“ müsse, weshalb jedes nach Autorität und Diktatur strebende Prinzip und Handeln – auch organisationsintern – unnachgiebig bekämpft werden müsse.

Die auf dem Kongress von Saint-Imier gefassten Beschlüsse sind für die anarchistische und anarcho-syndikalistische Bewegung auch heute noch von Bedeutung. So gilt seitdem immer noch, keiner Partei, auch einer sich sozialistisch oder kommunistisch nennenden, beizutreten, weil diese die freie Entfaltung, die spontane und freie Organisation verunmöglichen. Nur eine absolut freie, ökonomische Föderation und Organisation, die auf der Arbeit und der Gleichheit aller beruhe, garantiere – so einer der Beschlüsse – die vollständige Unabhängigkeit von jedweder politischen Herrschaft. Es könne kein anderes Ziel geben als die Gründung einer auf der Basis solidarischen Handelns ausgerichteten Föderation der Produzenten (etwa der ArbeiterInnen und der Bauern/Bäuerinnen) und der autonomen Kommunen. Denn jede politische Organisation sei „die Herrschaftsorganisation zu Gunsten einzelner Klassen und zum Nachteil der Massen“. Folgerichtig wurde denn auch die marxistische These von der durch das Proletariat zu erwerbenden politischen Macht ausdrücklich verworfen, weil dadurch das Proletariat gleichfalls zur herrschenden Klasse würde (Stichwort: Diktatur des Proletariats). Deshalb erklärte der Kongress die Abschaffung jeder politischen Macht zu einem der vorrangigsten Ziele, das durch die soziale Revolution der Proletarier aller Länder erreicht werden müsse. Nur dadurch sei die Errichtung einer herrschaftsfreien, klassenlosen Gesellschaft möglich. Der Kongress von 1872 in Saint Imier war gewissermaßen die Geburtsstunde einer organisierten internationalen anarchistischen Bewegung, indem sie sich durch eine

Bauern zum Eigentum an Grund und Boden erst 1793 per königlichen Erlass eingeführt und durchgesetzt, nachdem die Gerichtsbarkeit des Thing zugunsten des Adels schon 1543 entzogen worden war, es jedoch bis 1608 dauerte, dieses auch in allen Teilen des dänischen Reiches durchzusetzen.

1523 trennte sich Schweden-Finnland entgeltig von Dänemark-Norwegen. Wurde in Dänemark, Norwegen, Schleswig und Holstein die Macht der Bauern und des Kleinadels der Thing zugunsten der Macht des Großadels immer weiter eingeschränkt, bis sich die Thingversammlungen anfang des 17. Jahrhunderts auflösten – es bildete sich eine faktische Adelsrepublik, gegen die eine Allianz zwischen König, Kirche und Bauernstand schließlich zum Absolutismus bis 1830 führte – so blieb in Schweden diese Macht der freien Bauern bis in die Neuzeit erhalten. Dies zeigte sich um 1720, als das Ende der königlichen Macht nach katastrophalen militärischen Niederlagen eine Republik der drei Stände parimente (Adel, Handwerker und Kaufleute sowie der Bauern) entstand, die bis 1772 gemeinsam Schweden regierte. In anderen Ländern waren die Bauern auf Bittschriften und Petitionen angewiesen, um das eigene Schicksal zu beeinflussen; in Schweden von 1730 jedoch gab es eine Vertretung der Bauern in der Regierung des Reichstages der drei Parlamente. Dadurch wurden Bauern zum ersten Mal wieder seit den Zeiten der Thingversammlungen als selbständige Erwerbstätige und „freie Menschen“, die dem Adel nichts schuldeten, anerkannt.

Die in diesen drei Kammern oder Parlamenten – jeder Stand schickte gewählte Delegierte in ein eigenes, räumlich getrenntes Parlament seines Standes – beraten und beschlossenen Gesetze hatte der König per Unterschrift zu erlassen; da sich dieser aber oft weigerte, seine Unterschrift zu leisten, gab es einen Stempel mit königlicher Unterschrift, der es ermöglichte, am König vorbei Gesetze zu erlassen. Diese Epoche nennt man in Schweden heute die „Frihetstid“ (Freiheitszeit), in welcher neben der Pressefreiheit eine ganze Reihe von Grundrechten eingeführt wurden, die auch die später regierenden schwedischen Monarchen nicht mehr zurücknehmen konnten.

Korruption, der Streit der zwei entstandenen Lager oder Parteien der „Strümpfe“ und der „Hüte“, hinter der jeweils ausländische Mächte Einfluss auf die Politik Schwedens zu nehmen versuchten, die Misswirtschaft und eine Hungersnot, der 70 000 Schweden zum Opfer gefallen sind, beendete die Freiheitszeit. Der junge König legte „als erster Bürger seines Staates“ 1772 eine neue liberale Verfassung im Geiste der französischen Aufklärung vor, in der der Reichstag erhalten blieb und der König diesen anrufen musste, um neue Steuern zu beschließen, Feldzüge zu unternehmen oder Gesetze zu erlassen. Alle in der Freiheitszeit beschlossenen Gesetze blieben in Kraft; lediglich die Bildung von Parteien wurde im neuen Reichstag verboten. Erst 1789 löste die schwedische Monarchie den Reichstag auf und kehrte zum königlichen Absolutismus zurück. Bis der König in der Revolution von 1809 aus dem Land nach Deutschland ins Exil gejagt wurde und der Reichstag erneut die Regierungsmacht übernahm. 1810 wurde mit Jean Baptiste Bernadotte, ein Offizier aus einfachen Verhältnissen des Heeres von Napoleon, zum König von Schweden gewählt.

Wie in Spanien lebte auch der Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus in Schweden von der Erinnerung an eine Zeit der Freiheit, als das Volk die Geschichte seines Landes in die eigenen Hände nahm; im Unterschied dazu blieb die anarcho-syndikalistische Bewegung in Dänemark relativ klein und unbedeutend, da die Dänen an keine Erinnerung an eine revolutionäre Freiheitszeit anknüpfen konnten; in Dänemark und Schleswig-Holstein war die Selbstbestimmung des Bauernstandes in den Thingversammlungen bis ins 17. Jahrhundert früh genug durch die lange Nacht der Adelsrepublik ohne die Beteiligung der Bauern und den selbstherrlichen Absolutismus des Königs abgebrochen worden, um für die Freiheitlichen Bewegungen der Neuzeit noch eine wesentliche Rolle zu spielen. ■

|| Nico Mynona

Saint Imier und seine Bedeutung in der Geschichte des Anarchismus

Die Frankophone Föderation (FA) hat nun bei der IFA (Internationale der Anarchistischen Föderationen) einen Vorschlag eingebracht, den nächsten IFA-Kongress in Saint Imier in der Schweiz stattfinden zu lassen. Warum gerade dort?

Ein kurzer Blick in die Geschichte der anarchistischen Bewegung gibt die Antwort: Am 15. und 16. September 1872 kam es dort zur Gründung der Internationale der antiautoritären (sprich anarchistischen) Föderationen. Somit jährt sich 2012 dieses Ereignis zum 140. Mal.

Saint Imier, mit rund 4700 EinwohnerInnen, ist die zweitgrösste Gemeinde des Berner Jura und erstreckt sich in einem Tal, dem "Vallon de Saint Imier". Die Bevölkerung ist zum überwiegenden Teil französischsprachig; nur ein geringer Prozentsatz spricht entweder deutsch oder italienisch. Wirtschaftlich waren Saint Imier und seine Umgebung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt. Danach entwickelte sich im Ort das Uhrmacherhandwerk, das zuerst weitgehend in Heimarbeit und kleinen Manufakturen betrieben wurde, später dann in großem Stil in Fabriken.

Mit der Entwicklung der Uhrenindustrie ging auch ein rasanter wirtschaftlicher Aufschwung einher und ein sprunghaftes Anwachsen der Bevölkerung (1888 zählte die Gemeinde bereits 7557 EinwohnerInnen). Saint Imier wurde ein Zentrum der Uhrenherstellung und hatte nach 1880 seine Blütezeit. Die ab 1970 einsetzende und viele Jahre anhaltende wirtschaftliche Krise in der Uhrenindustrie führte zum Verlust von hunderten Arbeitsplätze und zur massiven Abwanderung großer Teile der Bevölkerung. Heute werden in Saint Imier vornehmlich Produkte aus der Mikromechanik und Präzisionsgeräte sowie Uhrengehäuse hergestellt.

In der Geschichte des Anarchismus nimmt Saint Imier einen hohen Stellenwert ein, was eben auch mit der Uhrenproduktion zusammenhängt; denn gerade die

jurassischen Uhrmacher und Graveure waren beseelt von einem hohen Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit. Viele von ihnen waren zudem hochgebildet. Diese Tatsache ist im Laufe der Zeit, als sich in der anarchistischen Bewegung zugunsten eines geschichts- und theorieleeren Spontaneismus ein Hang zur Vernachlässigung der eigenen Geschichte bemerkbar machte, in fast völlige Vergessenheit geraten. Die Vorgeschichte, die die jurassische Uhrmacherstadt mit dem Anarchismus eng verbunden hat, liegt in dem bekannten Zwist zwischen Marxianern und Bakunisten innerhalb der am 28. September 1864 in London gegründeten "Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA)", auch als "Erste Internationale" bekannt. Diese internationale Organisation der Arbeiterbewegung vereinte eine große Zahl sozialistischer Gruppen und Organisationen, die allerdings recht verschiedene Sozialismustheorien bzw. -interpretationen vertraten. Auf dem Genfer Kongress von 1866 waren die Proudhonisten diejenigen, die die Diskussionen mit ihrer Anschauung prägten. Bald schälten sich zwei Hauptrichtungen innerhalb der Internationale heraus, die sich bitter bekämpfen sollten. Es waren dies die Anhänger der Richtung Marx/Engels auf der einen und derjenigen Bakunins (der erst 1868 der IAA beigetreten war) und Guillaumes auf der anderen Seite. Es wird häufig davon geredet, dass der Konflikt zwischen dem autoritären Sozialisten Karl Marx und dem Anarchisten Michail Bakunin rein persönlicher Natur gewesen sei. Doch wird dabei vernachlässigt, dass diese beiden Personen verschiedene Konzeptionen des Sozialismus und dorthin führende Wege vertraten, die von verschiedenen Gruppen innerhalb der Internationale jeweils mitgetragen wurden. Während Marx und Engels die Schaffung zentralistisch geführter Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern und die Eroberung staatlicher

Macht propagierten, lehnten die Anarchisten um Bakunin prinzipiell jede Art zentralistischer Führung durch Parteien oder Klassen ab, da sie entschiedene Feinde jeder Herrschaftsform (somit auch der Parteien und Staaten) waren. Statt einer von Marx/Engels angestrebten autoritär strukturierten IAA wollten die Anarchisten einen föderalistischen Aufbau derselben, die auf eine radikale soziale Revolution hinarbeiten sollte. Die Anarchisten, besonders Bakunin, verurteilten die Ideen von Marx als autoritär und völlig inakzeptabel, weil eine als "Avantgarde" wie auch immer an die Macht gelangte "Partei der Arbeiterklasse" (für die zu bilden auf dem Londoner IAA-Kongress von 1871 eine entsprechende Resolution von Marx/Engels & Co. durchgesetzt werden konnte) mindestens genauso verfahren würde wie die Klasse der Kapitalisten, gegen deren Herrschaft sie (Marx und Bakunin) gemeinsam gekämpft hatten.

Diese Auseinandersetzungen der beiden in der IAA sich herausgebildeten Flügel leiteten letztlich die Spaltung der IAA ein, die auf dem Den Haager Kongress, der vom 2. bis zum 7. September 1872 stattfand, besiegelt wurde: Marxens Ziel war es, die gegen seinen Zentralismus gerichtete Opposition aus der Internationale hinauszudrängen und auszuschalten. Um dies zu erreichen, wandte er alle möglichen Intrigen und zweifelhaften Tricks an. Zunächst berief der von Marx angeführte Zentralrat der IAA für die Zeit vom 17. bis 23. September 1871 eine geheime Konferenz ein, der 13 Mitglieder des Generalrats sowie 23 Delegierte ausgewählter Sektionen aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Irland, Italien, Spanien, Schweiz und USA angehörten (in den einzelnen Ländern gab es verschiedene lokale Sektionen). Die Bakunisten wurden überhaupt nicht eingeladen, so dass es der marxschen Position ein leichtes war, sich auf jener Konferenz durchzusetzen. Auf dem bereits erwähnten Kongress von Den Haag 1872 gelang es ihm, einen Haufen ihm treu ergebener Delegierter ("Mönchshaufen" würde man heute dazu sagen) einzuschleusen, die zum Teil Sektionen vertraten, die es – wie nachgewiesen werden konnte – überhaupt nicht gab. Diese Paladine waren Marx, den Errico Malatesta als diktatorisch charakterisierte, dem es nur um die

Eroberung politischer Macht zu tun gewesen sei, dermaßen untertänig, dass sie ihn sogar in einer Art religiöser Anbetung ihren "teuren Meister" nannten. Konnte Marx mit einer zuvor breit angelegten Verleumdungskampagne, um Bakunin und seine Anhänger mundtot zu machen und zu isolieren (unter anderem behauptete er unter bewusster Verdrehung der Tatsachen, Bakunins in der berühmten St. Petersburger Peter-und-Pauls-Festung niedergeschriebene und an den Zaren adressierte "Beichte" mit der Bakunin aus der Haft entlassen zu werden hoffte sei ein einziger Verrat an zahlreichen russischen Revolutionären gewesen, oder: Bakunin habe gefälschte Wertpapiere in Umlauf gebracht, oder: Bakunin habe sich nach dem Tod seines Freundes Alexander Herzen dessen beträchtliches Vermögen erschlichen, oder: Bakunin habe auf dem Baseler Kongress falsche Vollmachten von Sektionen vorgelegt, um den Kongress majorisieren zu können, oder: er habe alle möglichen Verleumdungen gegen den Generalrat ausgestreut, obwohl Marx die Einstellung Bakunins, lieber tausendmal verleumdet als selber ein Verleumder zu werden, bestens kannte, usw. usf.) nichts ausrichten, so griffen er und sein Anhang zu bürokratischen Mitteln, um einen Ausschluss der Antiautoritären aus der Internationale zu erwirken: Es wurde eine inquisitorische "Commission d'enquete" (Untersuchungskommission) unter deutschem Vorsitz eingerichtet, dessen alleinige Aufgabe es war, "nachzuweisen",

dass die Statuten der von Bakunin 1868 gegründeten geheimen "Internationalen Allianz der sozialen Demokratie" denjenigen der IAA zuwiderlaufen und die Allianz die Zerschlagung der IAA anstreben würde. Die "Untersuchungskommission" kam zudem gewünschten Schluss, dass all dies und noch mehr Verabscheuungswürdiges zuträfe und beantragte den Ausschluss der Antiautoritären, vor allem Bakunins und der Schweizer Jura-Delegierten. Das gelang Marx schließlich, gestützt auf die künstlich geschaffene Mehrheit (von der viele, die ihr angehörten, überhaupt nicht genau wussten, worum es eigentlich ging; sie sollten ja auch nur als Stimmvieh fungieren). Marx war es zwar nicht gelungen, die anarchistischen Ideen in der Ersten Internationale zu eliminieren, jedoch

